Mouvement Communiste

Palästina: Zwei Staaten gegen das Proletariat

Beilage zur Wildcat Sondernummer Irak-Krieg

Palästina: Zwei Staaten gegen das Proletariat

Mouvement Communiste

Die vielen tausend Toten, Verwundeten, Gefolterten und Gefangenen sind nur der Gipfel des Alptraums, unter dem die palästinensischen und israelischen Proletarier leiden. Durch einen endlosen Konflikt, der kaum ihre Sache ist, werden sie einander entgegengestellt. Diese erbitterte Konfrontation, diese Verdopplung aus Krieg zwischen zwei Staaten und Bürgerkrieg zwischen zwei Völkern ist selbst eingeklemmt in und Vorwand für alle ökonomischen, politischen, diplomatischen und militärischen Netze, welche die großen und kleinen Imperialismen seit dem Zweiten Weltkrieg in der Region spinnen.

Im Namen der palästinensischen Sache tragen die Gottesbesessenen des Westens und des Ostens das Schwert überallhin im Nahen Osten, in den kaukasischen Ländern, bis zum Fernen Osten. Die internationalen imperialistischen Koalitionen haben noch nie ernsthaft versucht, das Problem zu lösen, äußern oder enthalten sich aber immer lauthals. Und die zukünftigen Kriegsführenden behaupten, auch den nächsten Irak-Krieg in ihrem Namen zu führen.

Um was geht es da, und vor allem: was bedeutet der israelisch-palästinensische Krieg für das Proletariat der Region und im weiteren Sinne für die Arbeiterklasse der ganzen Welt? Bevor wir die aktuelle Situation betrachten und nach den Möglichkeiten einer proletarischen Erhebung suchen, müssen wir kurz auf die jüngere Geschichte seit der ersten Intifada eingehen.

Etwas neuere Geschichte

Das angekündigte Scheitern der Osloer Verträge

Die Osloer Verträge wurden 1993 nach dem Irak-Krieg unterzeichnet, die USA und das verbündete Israel hatten triumphiert, die PLO befand sich in äußerster Bedrängnis. Für einen Übergangszeitraum von fünf Jahren wurde eine Palästinensische Verwaltung (PA = Palestinian Authority) eingesetzt, die rechtliche Hoheit über das Westjordanland und den Gaza-Streifen haben sollte. Die heikelsten Probleme, vor allem das der Flüchtlinge, Jerusalems und der Siedlungen wurden auf die Schlussverhandlungen verschoben.

Zwei Jahre nach dem Beginn der Übergangsperiode, d.h. am 4. Mai 1996, sollten die Gespräche über den endgültigen Status des Westjordanlands, Gazas und Jerusalems beginnen. Aber von Anfang an sträubte sich die sozialdemokratische Regierung und bremste mit allen Vieren, um Zeit zu gewinnen, um unumkehrbare Machtverhältnisse zu schaffen und die PA vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Zunächst wurden bestimmte Verpflichtungen nicht eingehalten, wie der Bau einer sicheren Verbindung zwischen dem Westjordanland und Gaza, die Freilassung palästinensischer politischer Gefangener und die Regelung der Forderung nach Rückkehrrecht für 1967 vertriebene Personen. Man hatte keinen Schiedsmechanismus für den Fall der Verletzung der Verträge durch eine der Parteien vorgesehen, und der gute Geist Amerika stellte sich letzten Endes immer auf die Positionen der sozialdemokratischen Regierung.

So verfolgte diese munter die Siedlungspolitik weiter; und die Rechte setzte sie fort, nachdem sie unter Benjamin Netanjahu im Mai 1996 an die Macht gekommen war. Von 1993 bis 1998 stieg die Zahl der Siedler im Westjordanland und dem Gaza-Streifen von 110 000 auf 169 000. Diese Siedlungen hat ganz klar der israelische Staat zu verantworten. Laut der Verträge von Oslo 2 vom 28. September 1995, die das Westjordanland in drei Zonen, A, B und C aufteilten, liegen sie alle in Zone C. Sie umfasst ungefähr 60 % des Territoriums, die gesamte israelische Bevölkerung sowie 10 % der palästinensischen Bevölkerung und steht unter vollständiger administrativer und militärischer Kontrolle durch Israel.

Die große Mehrheit der Wasserstellen befindet sich in der Zone C. Seit 1967 steht das Wasser in den besetzten Gebieten unter militärische Kontrolle, und den ansässigen Arabern ist es verboten, neue Brunnen zu graben, während die jüdischen Siedlungen ohne Einschränkung bohren. Nach Angaben der Weltbank werden 90 % des Wassers im Westjordanland zugunsten Israels genutzt, die Palästinenser verfügen nur über die restlichen zehn Prozent.

Offiziellen Quellen zufolge nahm der »große Pazifist« Itzchak Rabin den Standpunkt der Militärs ein, wonach territoriale Zugeständnisse die Sicherheit des Landes und der Siedlungen nicht

gefährden dürften und war nicht bereit, am Ende der Übergangsperiode der PA mehr als die Hälfte des Westjordanlands zu überlassen.

So kontrollierte die PA am Ende des Autonomiezeitraums (militärisch und administrativ) tatsächlich nur 10 % des Westjordanlands und zwei Drittel von Gaza. Für die israelische Regierung sind die Vorteile des Friedensprozesses beeindruckend. Sie muss sich im Wesentlichen nicht mehr um die Sicherheit in den palästinensischen Zonen kümmern, damit geben sich nun die Bullen Arafats ab. Und sie ist einen großen Teil der finanziellen Lasten der Okkupation losgeworden, weil die internationale Gemeinschaft mit einer massiven Kapitalzufuhr es den Palästinensern ermöglicht zu überleben und der Arafat-Clique, sich zu mästen. Und sie konnte die Besiedlung der strategischen Zonen des Westjordanlands und die »Judaisierung« Ost-Jerusalems fortsetzen.

Von Oslo 2 bis Camp David

Die Gipfelkonferenz in Camp David vom 11. bis 25. Juli 2000 sollte die wichtigsten israelisch-palästinensischen Streitpunkte angehen: die Flüchtlingsfrage, der Status von Jerusalem, die Siedlungen, die Festlegung der Grenzen. In Anwendung der Resolution 242 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verlangte die PA die Rückkehr des gesamten 1967 besetzten arabischen Teils von Ost-Jerusalem unter ihre Souveränität, wobei jedoch das jüdische Viertel innerhalb der Mauern ebenso wie die Klagemauer bei Israel bleiben sollten.

Die israelische Regierung ihrerseits wollte nur der Souveränität der palästinensischen Verwaltung über die peripheren Viertel und Dörfer zustimmen, ebenso wie einer Art Autonomie in den moslemischen und christlichen Vierteln der Altstadt und der Sektoren außerhalb der Mauer. Die PA hätte dort ihre Hauptstadt installieren können.

Darüber hinaus bot Israel die Rückgabe von mehr als 90 % des Westjordanlands an, der Rest, auf dem die meisten Siedlungen liegen, wäre annektiert geblieben. Die vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ehud Barak vorgeschlagenen territorialen Konzessionen entsprechen einer reduzierten Version der 22 % des Landes, die nach dem Krieg 1948-1949 den Palästinensern überlassen worden waren.

In bezug auf die Flüchtlinge, die durch die zionistische Politik der ethnischen Säuberung von 1948 entstanden sind, als aus dem Mandats-Palästina nahezu die Hälfte der arabischen Bevölkerung vertrieben wurde, schlug Israel vor, über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich 5 000 bis 10 000 aufzunehmen, und verweigerte kategorisch sowohl ein Rückkehrrecht (Resolution 194 der Vereinten Nationen) wie auch die Anerkennung seiner historischen Verantwortung für das Flüchtlingsproblem.

Für Israel kommt nicht in Frage, dass palästinensische Flüchtlinge aus Gebieten, die vor 1967 zu Israel gehörten, auf ihren Boden zurückkehren. Das Scheitern dieses letzten amerikanischen Versuchs, die gefährlichste geostrategische Bombe im Nahen Osten zu entschärfen, geht zu gleichen Teilen auf die beiden direkt betroffenen Staaten zurück.

Einige informelle Gespräche und Gipfel nach Camp David (besonders Scharm el-Scheich am 17. Oktober 2000 und Taba Ende Januar 2001) führten nicht weiter. Einige Tage vor den israelischen Wahlen vom 6. Februar 2001 wurde jeder offizielle Kontakt zwischen den beiden Staaten unterbrochen.

Seither wird es für die palästinensische Seite jeden Tag offensichtlicher, dass die Konzessionen der PLO an Israel für die große Mehrheit der Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen nichts Konkretes gebracht haben. Im Gegenteil, ihre materielle Situation verschlechterte sich trotz der fantastischen Versprechungen am Tag der Unterzeichnung der Osloer Verträge, eine Ära des Friedens und der Prosperität für die Bevölkerung der Region zu eröffnen.

Sieben Jahre nach dem Abschluss dieser famosen Verträge müssen wir feststellen, dass sich für die große Mehrheit – mit Ausnahme der korrupten Minderheit, die vom Klientelismus der Fatah und von deren Verteilung der internationalen Hilfsgüter lebt – die Autonomie als immer mehr Siedlungen, steigende Arbeitslosigkeit und verschärfte Repression darstellt.

Die ökonomische Dimension des Konflikts ist zentral

Israel: Das Gespenst der Krise taucht wieder auf

Nach dem letzten Bericht der Zentralbank des Landes machte Israel 2001 die erste Rezession seiner Geschichte durch (-0,6 % des BIP). 2002 setzte sich das fort (-1 %) und die Vorhersagen für 2003 drehen sich um -1 %. Die letzte zyklische Krise in den Vereinigten Staaten, welche die Exportmärkte für israelische Informations- und Kommunikationstechnologie verengte, und der Krieg im Westjordanland und im Gazastreifen haben die is-

raelische Ökonomie an den Rand des Abgrunds gebracht. Denn der Export macht die Hälfte des israelischen Bruttosozialprodukts aus, vor allem der Export von Hochtechnologieprodukten. Die Anzeichen künden eine größere Krise an. Die Industrieproduktion ist seit 2001 stark rückläufig (-4 % in den ersten acht Monaten von 2002), während die Preise 2002 in einer Größenordnung von 6 bis 8 % ansteigen dürften (im Vergleich dazu betrug die Steigerung 2001 1,4 %).

Wenn man den verstaatlichten Bereich ausnimmt, der von öffentlichen Ausgaben alimentiert wird, fiel das BIP nach Aussagen der Bank Leumi 2001 um 2,4 % und dürfte 2002 um 2,9 % fallen. Der Umsatz im Tourismus sackte 2001 auf 50 % (der erste Rückgang seit 1953) und dürfte 2002 noch einmal 80 % verlieren und reduziert so das BIP um 1,5 bis 2 %. Die Exporte dürften 2002 um 5 % zurückgehen nach einem Rückgang 2001 von 11,7 %. Das Handelsbilanzdefizit, das 2001 1,9 Milliarden Dollar betrug, wird 2002 auf 3,5 Milliarden steigen.

Die Arbeitslosigkeit erreicht schon 10,6 %, ein noch nie dagewesenes Niveau. Nach Schätzungen der Bank von Israel könnte sie 2003 12 bis 13 % erreichen. Eine Studie auf Basis der Kleinanzeigen zeigt, dass sich die Beschäftigungsangebote im letzten Quartal des Jahres 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 30 % verringert haben. Nach einem offiziellen Bericht der Sozialversicherungsbehörde vom 4. November 2002 lebte im vergangenen Jahr in Israel jede fünfte Person, d.h. 1,17 Millionen, und jedes vierte Kind unterhalb der Armutsgrenze. Die Armutsgrenze wurde für ein Ehepaar ohne Kinder auf 2768 Schekel (ungefähr 550 Dollar) monatlich festgesetzt. Diesem Bericht zufolge lebten somit 2001 81 000 Israelis mehr unterhalb der Armutsgrenze als im Jahr zuvor. Außerdem wird klar, dass der Graben zwischen Armen und Reichen, der sowieso schon sehr tief war, sich 2001 weiter vertieft hat. Die Einkommen des ärmsten Drittels machten 2001 nur noch 3,5 % des Gesamteinkommens des Landes aus, gegenüber 4,5 % im Vorjahr. Im Gegensatz dazu entsprachen die Einkommen des reichsten Fünftels 54 % des Gesamteinkommens des Landes. Die Armut trifft besonders die arabische Minderheit (18 % der Bevölkerung) und die Bewohner der neuen Städte, »Entwicklungs«-Städte genannt, wo die neuen Immigranten wohnen.

Die nationale Währung ist auf den internationalen Devisenmärkten unter Druck geraten und hat seit 2000 16 % an Wert verloren. Die Börsenkurse sind seit dem 1. Januar 2002 um fast ein Drittel gefallen. Die ausländischen Investitionen sind zusammengeschmolzen. Während man im ersten Drittel des Jahres 2000 noch einen positiven Saldo von 3,3 Milliarden Dollar verzeichnete, war man Mitte 2001 zu einem Negativ-Saldo von 300 Millionen Dollar gekommen.

Die Krise äußert sich in verringerten Steuereinnahmen für den Staat und einer steigenden öffentlichen Verschuldung, die aufgrund der steigenden Zinsen für Staatsanleihen auf den internationalen Kreditmärkten eine sehr reale Bedrohung nach sich zieht. 2001 betrug die Staatsverschuldung 100 % des BIP und steigt seither an (Mitte 2002 waren es 103 % des BIP) besonders auf Grund der mit der zweiten Intifada zusammenhängenden Militärausgaben. Das Militärbudget – 9 Milliarden Dollar im Jahr, das sind 17 % der gesamten öffentlichen Ausgaben – hat seit Beginn der Zusammenstöße um 1,5 Milliarden zugenommen. Etwa 25 000 Reservisten wurden einberufen, was den Staat unmittelbar etwa 120 Millionen Dollar monatlich kostet. Nach Aussagen des Chefs der Forschungsabteilung der Bank von Israel belastete die Intifada während der ersten 15 Monate die Nationalökonomie mit insgesamt 2,5 Milliarden Dollar.

Zu einem weiteren Loch im Staatshaushalt haben inzwischen die Zahlungen geführt, die die religiösen Parteien für ihre Unterstützung der Regierungskoalitionen zugunsten ihrer Klientel abpressen. 221 000 Religionsstudenten, von denen jeder monatlich 150 Dollar erhält, kosten über 400 Millionen Dollar im Jahr, das waren 0,6 % des BIP im Jahr 2000 und bereits 4,5 % im Jahr 2001. Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Entwicklung nimmt außerdem die Beschäftigungsquote ab; sie lag bei Erwachsenen zwischen 25 und 54 Jahren im Jahr 1970 bei 93,5 % und im Jahr 1993 bei nur noch 85,7 %. In den anderen industrialisierten Ländern liegt diese Rate um 94 %.

Diese großen ständigen Abflüsse aus dem Staatshaushalt machen den israelischen Staat zum permanenten Bittsteller. Er empfängt pro Jahr um die 6 Milliarden Dollar verschiedener ausländischer Hilfe (Vereinigte Staaten, Zuwendungen aus der Diaspora und deutsche Reparationen). 2002 setzte sich die Hilfe der Vereinigten Staaten zusammen aus 720 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe und 2 Milliarden Militärhilfe.

Die schlechte Situation der Staatsfinanzen zwang im Mai 2002 die Regierung Sharon, einen ersten Sparplan zu verabschieden: die öffentlichen Ausgaben wurden pauschal um 2,5 % gesenkt, die Mehrwertsteuer um einen Punkt erhöht, passend zur Erhöhung der Einkommenssteuer, das Kindergeld um 4 % abgesenkt (um 24 % für diejenigen,

deren Eltern nicht in der Armee gedient haben, d.h. die israelischen Araber und die orthodoxen Juden), der Mindestlohn wurde eingefroren, der Zugang zum Arbeitslosengeld wurde erschwert und die Diäten der Volksvertreter um 5% gesenkt.

Eine Krise mit vertrauten Zügen

Die aktuelle Krise erinnert an die von 1984. Damals wurde die Inflationsrate dreistellig und die Auslandsschulden stiegen auf 23 Milliarden Dollar. Gleichzeitig wandten die Unternehmen des Staats oder der Einheitsgewerkschaft Histadrut (40 % der Arbeitenden des Landes sind hier beschäftigt) noch die betriebswirtschaftlichen Kriterien des »Realsozialismus« nach russischer Art an. Die Arbeitsproduktivität blieb unzureichend, denn die produktiven Investitionen wurden immer weniger. Denn die Staatseinnahmen wurden vor allem für die Armee, den Schuldendienst und das Sozialsystem ausgegeben.

Angesichts der durch die Regierungstätigkeit des Likud – welcher im Wesentlichen an der Aufrechterhaltung der Kontrolle über den Staatsapparat interessiert war – verschärften ökonomischen Krise waren dann die ergriffenen Maßnahmen drakonisch. Die neue Regierung der Nationalen Einheit verabschiedete einen harten Austeritätsplan: Reduzierung der Subventionen für Basis- und Agrarprodukte, Abwertung, Senkung der Reallöhne, Einfrieren der Preise und höhere Zinsen. Die Armee zog sich aus dem Libanon zurück, und die Vereinigten Staaten fügten zu den üblichen 3 Milliarden jährlicher Zuwendungen nochmal 1,5 Milliarden hinzu. Die großen staatlichen Unternehmen wurden zerschlagen, umstrukturiert oder privatisiert.

Von 1985 bis 1996, eine schnelle Entwicklung

Auf diesen neuen Grundlagen stieg die industrielle Produktion zwischen 1985 und 1989. Das Produktivitätswachstum der Arbeit in Verbindung mit den Effekten der Restrukturierung des staatlichen Sektors führte zu einem signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit von 6 auf 9 %. In dieser Zeit war die Rüstungsindustrie die einzige bedeutende Exportbranche, mit einem Viertel der Verkäufe ins Ausland lag sie weit vor dem Agrarsektor.

Die massive Zuwanderung aus Rußland und die Öffnung neuer Märkte in Folge der Osloer Verträge führten zu einem Wachstum des BIP um 6 %, und 2,4 % pro Kopf. Die öffentlichen und privaten Investitionen stiegen um fast 15 % jährlich, die Inflation fiel 1996 auf 9 %. Trotz eines durchschnittlichen Wachstums der Exporte um über 7 % stieg das Handelsbilanzdefizit und erreichte 5 % des BIP. 1997 verlangsamte sich die Aktivität, das jährliche Wachstum des BIP fiel auf 2 % und die Arbeitslosigkeit stieg wieder von 6,3 % auf mehr als 10 %. Gleichzeitig stiegen die Industrieexporte um 10 %, wovon ein Drittel auf die High-Tech-Industrie entfiel. Israel rangierte direkt hinter den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Anzahl der »start-ups« (neue kleine und mittlere High-Tech-Betriebe).

Israel erfuhr auch eine tief gehende Veränderung seiner produktiven Struktur. Industrien mit niedriger Kapitalintensität, wie Nahrungsmittel, Bekleidung, Schuhe usw., wurden aufgegeben. Die massenhafte Ankunft von Juden aus Russland, darunter viele hochqualifizierte Arbeitskräfte, ließ das durchschnittliche Bildungsniveau der Beschäftigten im Land weiter ansteigen, das schon vorher sehr hoch war. Israel gibt 7 % des BIP für Bildung aus, die USA 5 %, Schweden 6,6 %. Weil Israel so reich an diesem wertvollen menschlichen Kapital war, setzte es auf die Entwicklung der innovativsten Branchen. Bedeutende Investitionen in Forschung und Entwicklung sollten diese Bemühungen unterstützen. 1990 kamen 60 % der Exporterträge aus dem Verkauf von Software, medizinischen Ausrüstungen, Solarenergie, Bewässerungstechnik und agrochemischen Produkten.

Das BIP stieg jährlich um 6 % und erreichte 1994 74 Milliarden. Parallel dazu wurden die Militärausgaben wieder auf weniger als 10 % des BIP gesenkt. Im Jahr 2000 erbrachten 8 % der im privaten Sektor Beschäftigten, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie arbeiteten, d.h. ungefähr 150 000 Personen, ein Fünftel des Gesamtumsatzes des privaten Sektors. Zwischen 1990 und 2000 bewegte sich das durchschnittliche jährliche Wachstum des Umsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie in einer Größenordnung von 16 % gegenüber 6 % in der übrigen Wirtschaft. Im Verlauf dieses Jahrzehnts nahm die Produktion pro abhängig Beschäftigtem um 6 % in der gesamten israelischen Wirtschaft, um 13 % im privaten Sektor und um 68 % in der Informations- und Kommunikationstechnologie zu. Als positiver Hauptbestandteil der Zahlungsbilanz des Landes hat dieser Bereich im Jahr 2000 für 14 Milliarden Dollar exportiert (30 % des Gesamtexports) und für 7 Milliarden Dollar importiert.

Im selben Zeitraum zerstörte zunächst der Bürgerkrieg, dann die syrische Besetzung den Finanzplatz Libanon; somit wurde Israel zum wichtigsten offshore-Finanzplatz (Steuerparadies)

der Region und darüber hinaus. Als Konsequenz daraus konnten sich Staat und Bourgeoisie Israels in ökonomischer Hinsicht vom Westjordanland und dem Gazastreifen völlig unabhängig machen und aus demselben Grund die arabisch stämmigen Arbeiter mit israelischer Staatsbürgerschaft marginalisieren.

Hier müssen wir nochmal kurz zurückblicken und daran erinnern, dass die besetzten Gebiete in den 70er Jahren nach den USA der zweitgrößte Absatzmarkt für israelische Exporte geworden waren. 1972 exportierte Israel ins Westjordanland und den Gazastreifen dreimal soviel Waren, wie es von dort importierte. Die Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft waren in großem Umfang in den Branchen, die nichts mit der Verteidigung zu tun hatten, beschäftigt (Bau, Tourismus oder Bekleidung). Die großen Textilunternehmen verlagerten sich in den Norden des Landes, in die Nähe der arabischen, vorwiegend weiblichen Arbeitskraft (um die 15 % der jungen arabisch-israelischen Frauen hatten einen Arbeitsplatz und die Hälfte davon schufteten in der Bekleidungsindustrie).

Mitte der 70er Jahre bildeten die israelischen Araber (Nachkommen der 160 000 Palästinenser, die nach der Schaffung des Staates Israel, 1948, auf ihrem Land geblieben waren und die jetzt 19 % der israelischen Bevölkerung ausmachen, d.h. mehr als eine Million Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 6 592 000) und die Palästinenser der besetzten Territorien fast ein Viertel der Arbeitskraft Israels; auf dem Bau und bei den Dienstleistungen (vor allem Gastronomie, Autowerkstätten und Putzen) machten sie die Hälfte aus. Dass sie sich während der ersten Intifada an Streiks beteiligten, besiegelte das Schicksal dieser Arbeiter. Ihre Weigerung, sich zu unterwerfen, kam sie sehr teuer zu stehen. Die herrschenden Klassen Israels machten eine strategische 180° Kehrtwende in Bezug auf die palästinensischen Proletarier im israelischen Kernland, die sie gegenüber den Palästinensern aus den besetzten Gebieten noch radikaler durchzogen. Das hatte sowohl ökonomische wie politische Gründe. Der Staat und die Bourgeoisie Israels waren endlich im Stande – vor allem dank der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung des Landes -, sich der Dienste der Palästinenser zu entledigen, die zu gefährlich und nicht genug qualifiziert für die ökonomischen Spitzenbereiche waren.

So konnte Rabin im Frühjahr 1993 relativ schmerzlos für die israelische Wirtschaft eine Totalblockade der besetzten Gebiete verhängen. Die aus Asien, den Ländern des Ostens und aus Lateinamerika eingewanderten Arbeitskräfte ersetzten schnell die palästinensischen Proletarier. Heute leben in Israel etwa 300 000 Arbeitskräfte aus Rumänien, Thailand, den Philippinen, China, der Türkei, Lateinamerika usw..

Dennoch ist es in den letzten fünf Jahren ungefähr 100 000 palästinensischen Arbeitskräften gelungen, illegal nach Israel zu gelangen. Die Geldüberweisungen dieser illegalen Einwanderer sind absolut vorrangig für das Überleben ganzer Teile der armen Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Das gilt nicht in gleichem Umfang für mehrere tausend Palästinenser aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland, die noch die Erlaubnis hatten, nach Israel arbeiten zu gehen.

Palästina: eine Wirtschaft ist dabei zu verschwinden

Seit der Besetzung des Westjordanlands und Gazas 1967 wurde deren Wirtschaft immer abhängiger von der Wirtschaft Israels. Besonders im Bekleidungssektor wurden Zulieferunternehmen geschaffen. Vor dem September 2000 importierte Palästina Waren im Wert von 3,5 Milliarden Dollar, wovon Waren für 2,5 Milliarden Dollar aus Israel kamen. Und von insgesamt 800 Millionen Dollar palästinensischer Exporterlöse, kamen 500 Millionen Dollar aus Israel.

Viele PalästinenserInnen hatten einen Arbeitsplatz in Israel gefunden. Nach Gil Bufman, dem Chefvolkswirt der Bank Leumi, waren 1991/92 etwa 200 000 palästinensische Arbeitskräfte legale Immigranten in Israel und vermutlich genauso illegale Einwanderer. In den 90ern hingen ungefähr 65 % der palästinensischen Familien vom israelischen Arbeitsmarkt ab. Die Lebensbedingungen in den besetzten Gebieten liegen zwar eindeutig unter denen in Israel, aber erheblich über denen in anderen Ländern der Region.

Die Situation der palästinensischen Wirtschaft hat sich seit den Osloer Verträgen verschlechtert, vor allem, weil die israelischen Behörden nicht mehr so viele Grenzgänger als Arbeitskräfte ins Land lassen. Deren Zahl betrug 1996 28 100, im Herbst 2000 52 000, Ende 2000 nur noch 4 000, Ende 2001 wieder 39 000, im September 2002 nur noch 15 000 und aktuell 25 000.

Noch mehr als die israelische hing die palästinensische Wirtschaft immer am ausländischen Tropf. Seit Schaffung der PA 1994 und bis 2000 erhielt diese durchschnittlich 500 Millionen Dollar jährlich an unterschiedlicher ausländischer Hilfe. Diese Summe stellte ungefähr ein Achtel des BIP des Westjordanlands und Gazas dar und

machte ein Drittel der Einnahmen der PA aus. Diese Abhängigkeit von ausländischer Hilfe ist seither gewaltig angewachsen. 2002 beliefen sich die Zuwendungen der USA, Europas und der arabischen Länder auf 900 Millionen Dollar. Die übrigen Subventionen aus dem Ausland – 1,2 Milliarden Dollar in 2002 -, waren ursprünglich als Wirtschaftshilfe gedacht, sind aber inzwischen reine soziale Hilfslieferungen.

Die palästinensische Bevölkerung (2001, nach UNRWA)

Land	Palästinenserinnen insges.	davon Flüchtlinge außerhalb von Lagern	davon Flüchtlinge in Lagern	% Flüchtlinge/ Flüchtlinge gesamt	% Flüchtlinge/ Bevölkerung des Landes	Anzahl der Flüchtlinge
Libanon	501 431	168 245	246 755	10	31	415 000
Syrien	463 227	174 258	240 752	10	2,6	415 010
Jordanien	2 560 267	1 351 767	391 233	42	33,69	1 743 000
Westjordanland	2 057 245	398 154	239 092	16	31	637 246
Gaza	1 167 359	392 595	548 296	22	80,6	940 891
Israel	1 131 211	0	0	0	0	0
and. arab. Länder	588 638	0	0	0	0	0
USA u.a. Länder	486 319	0	0	0	0	0
insgesamt	8 955 697	2 485 019	1 666 118	100	-	4 151 137

Während der ersten Monate der zweiten Intifada gab es in den besetzten Gebieten zwischen 290 000 und 320 000 Arbeitslose. In letzter Zeit stieg sind es 370 000, was etwa die Hälfte der Arbeitskräfte sind. Die Armutsrate erreichte 60 %. Das BIP pro Einwohner ist unter 800 Dollar gefallen. Die Weltbank schätzt die Verluste für die palästinensische Wirtschaft in den ersten sechzehn Monaten der Intifada auf insgesamt 2,4 Milliarden Dollar. Allein die 130 000 Beamten der Autonomie-Behörde (davon 50 000 Angehörige der Ordnungskräfte) kosten 60 Millionen Dollar im Monat. Ende 2001 hatte die Autonomie-Behörde 430 Millionen Dollar Rückstände. Überdies muss dieser Quasi-Staat jeden Monat an Israel 50 Millionen Dollar für Zölle auf Importprodukte und Überweisungen der in Israel arbeitenden Palästinenser zurückzahlen. In der Konsequenz ist die palästinensische Behörde bankrott: ihr im März 2001 verabschiedeter Sparhaushalt benötigt monatlich 90 Millionen Dollar, aber sie nimmt weniger als 20 Millionen Dollar im Monat ein.

Am Ursprung der zweiten Intifada

Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde das letzte Hochkochen der bewaffneten Konfrontation zwischen diesen zwei Völkern und ihren Staaten nicht durch das Eindringen imperialistischer Interessen ermutigt oder bestimmt. Im Gegenteil kommt er ausschließlich aus dem gleichzeitigen Krisenprozeß der beiden Zentren, die den permanenten Krieg zwischen den beiden Völkern schon immer am Köcheln halten. Gemeinhin wird der Beginn der zweiten Intifada als zeitgleich mit dem Abstecher Ariel Sharons, der damals nur Chef der rechten Opposition war, am 28. September 2000 auf den Vorplatz der Felsendom-Moschee in Ost-Jerusalem, dem dritten heiligen Ort des Islam, datiert. Dieser Ort, den die Juden Tempelberg nennen, ist auch für sie der heiligste Ort ihrer Religion. In der Altstadt griffen palästinensische Demonstranten mit Steinen die israelischen Polizisten an, diese schossen mit Hartgummi zurück. Bilanz: vier verletzte Palästinenser.

Die Provokation des heutigen israelischen Premierministers war eine Reaktion auf die Explosion von zwei Bomben, die am 27. September im Gazastreifen einen Soldaten aus einem vorbeifahrenden Militärkonvoi töteten. Der Gesandte Clintons, Dennis Ross, schaffte es nicht, Ehud Barak zu überzeugen, den Spaziergang des Schlächters der Palästinenserlager von Sabra und Schatila (Libanon) von 1982 zu verbieten. Barak hatte seine Weigerung, dem amerikanischen Befehl nachzukommen, damit gerechtfertigt, dass diese Frage »in die innenpolitische Zuständigkeit des Landes falle«.

Sharon versuchte mit dieser Aktion, das, was von den vorherigen Verträgen zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Staat übrig geblieben war, endgültig auszuhebeln und sich als einzigen Kandidaten seiner Partei, des Likud, gegen Netanjahu durchzusetzen. Diese Unternehmung mit hohem symbolischem Gehalt zielte darauf ab, die in Agonie liegende Regierung Barak wenige Meter vor den Parlamentswahlen zu destabilisieren und die Unterstützung der Armee zu gewinnen, die nach dem Flop des vom US-Präsidenten Bill Clinton geleiteten Gipfels von Camp David im Juli 2000 noch zögerte.

Einige Daten über die Palästinenser und die besetzten Gebiete (Westjordanland und Gaza)

In den 90er Jahren trug die Industrie mit 9% zum BIP der besetzten Gebiete bei, die Landwirtschaft mit 14%, die Bauwirtschaft mit 16% und die öffentlichen Dienstleistungen mit 12%. Die restlichen 50% kamen aus dem Handel, dem Transport und persönlichen Dienstleistungen, d.h. von sehr kleinen Unternehmen. Übrigens kam mehr als 95% der Industrieproduktion von kleinen und mittleren Unternehmen. Laut Büro für Statistik betrug das BIP im Jahr 2000 4 Milliarden Dollar, aufgrund verschiedener Grenzschließungen 580 Millionen weniger als erwartet. Die meisten arabischen Länder erheben Zoll auf palästinensische Exporte, ebenso wie die USA und Europa. Die Familien mit den höchsten Einkommen sind in abnehmender Reihenfolge diejenigen, deren Oberhaupt in einer öffentlichen Funktion arbeitet, in Familienunternehmen, als Immigrant oder Grenzgänger, im Privatsektor und schließlich diejenigen, die von Sozialhilfe leben.

Kindersterblichkeit 1997: In Israel 6 auf 1000 Geburten, in den besetzten Gebieten 15, in Jordanien 20, Ägypten 54, durchschnittlich 64 für die Gesamtheit der sogenannten Entwicklungsländer. Die Lebenserwartung erreicht 73 Jahre gegenüber 78 in Israel, 72 im Libanon, 70 in Jordanien und 66 in Ägypten. Die Jahre des Schulbesuchs betragen durchschnittlich 8,1, 5,5 in Ägypten, 6,9 in Jordanien. 89% der Bewohner der besetzten Gebiete haben Elektrizität und 85 % fließendes Wasser. Etwa 90 % der Palästinenser sind Besitzer ihres Hauses oder bewohnen es, ohne Miete zu zahlen. In der ersten Hälfte des Jahres 2000 wurde das gesamte tägliche Einkommen der 125 000 legalen Grenzgänger auf 3,4 Millionen Dollar geschätzt, d.h. fast 30 % des BIP der besetzten Gebiete.

1998 waren die *palästinensischen Arbeitskräfte* folgendermaßen aufgeteilt:

- 21,7 % arbeiteten in Israel oder in den Siedlungen,
- 16,4 % im öffentlichen Sektor (in Gaza beschäftigt der öffentliche Sektor zweimal mehr Lohnempfänger als im Westjordanland),
- 12,1 % in der Landwirtschaft (von 1948 bis 1967 hat sich die Bevölkerung verdoppelt, während der Anteil derjenigen, die den Boden bearbeiten, sich von 70 auf 35 % halbiert hat; in den 80ern lag der Prozentsatz unter 10 %),
- 15,9 %. arbeiteten in der Industrie
- die Frauen machten weniger als 14 % der entlohnten Arbeitskraft aus.

Seither hatten beide Parteien den aktuellen Konflikt vorbereitet, wie die Erklärungen des damaligen palästinensischen Kommunikationsministers, Imad al-Falouji, gezeigt haben, sein Lager habe die neue Intifada seit Mitte 2000 vorbereitet. Die ersten Zusammenstöße fanden am 29. September auf dem Vorplatz der Felsendom-Moschee statt. Diesmal schoss die israelische Polizei mit scharfer Munition auf die palästinensischen Demonstranten, tötete sieben und verletzte mehr als 200.

Die PA rief sofort zu einem Protest-Generalstreik am folgenden Tag, dem 30. September, im Westjordanland und im Gazastreifen auf. Dieser Streik wurde in hohem Maße befolgt und es gab gewaltsame Zwischenfälle, die mit fünfzehn palästinensischen Toten endeten. Das Weitere ist bekannt: Die Straßenschlachten mit Steinwürfen wendeten sich schnell zum Vorteil der israelischen Armee; die Tausende von Polizisten, über welche die palästinensische Behörde verfügte, werden schnell verjagt; die Phase der blinden Attentate gegen die in Israel wohnende Bevölkerung beginnt, ohne die Ausdehnung und Verewigung der Besetzung der in den Osloer Verträgen den Palästinensern zugestandenen Gebiete durch die israelische Armee zu verhindern.

Ende August [2002] hatten um die 1 700 Palästinenser ebenso wie 450 Einwohner Israels, 137 israelische Siedler und einige Dutzend Soldaten der israelischen Armee in diesem Konflikt ihr Leben verloren. Nach einer makabren Rechnung, die immer wieder von der israelischen Armee aktualisiert wurde, forderte die erste Intifada 1162 Opfer auf palästinensischer Seite gegenüber 174 Israelis, das entspricht einer Rate von 6,7 Palästinensern für jeden getöteten Israeli. In den ersten sechs Monaten der zweiten Intifada war dieses Verhältnis 5,1.

Aber seit dem Beginn der blinden Attentatswelle im März 2001 ist dieses Verhältnis deutlich »zugunsten« der Anhänger dieses abscheulichen Kampfmittels umgeschlagen: 1,7 verstorbene Palästinenser für jeden ermordeten Israeli. Dieser abscheulichen Taktik wurde durch eine der angesehensten imperialistischen Institutionen im Bereich der Militärtheorie, dem Londoner *Internationalen Institut für Strategische Studien* (*IISS*) Effizienz bescheinigt. *»Die leicht zu organisierenden und schwer zu verhindernden Selbstmordattentate sind sehr effizient dabei gewesen, innerhalb der israelischen Bevölkerung Unsicherheit zu erzeugen und psychologischen Schaden herbeizuführen und damit ihre Moral empfindlich zu untergraben«*, bemerkte das Institut in seinem Bericht 2002-2003 über die Streitkräfte der Welt.

Die blutige Sackgasse des Nationalismus

Bei den Palästinensern

Der dürftige Charakter des palästinensischen Nationalismus hat seinen Ursprung zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Damit ein neuer souveräner bürgerlicher Staat entstehen kann, müssen die sozialen Kräfte, die dieses Projekt tragen, mit der internationalen Arbeitsteilung brechen, die ihnen durch die koloniale oder imperialistische Herrschaft auferlegt worden war. Sie müssen diese Arbeitsteilung modifizieren, damit ein wirklicher Binnenmarkt entstehen kann.

Die bisher von den einheimischen herrschenden Klassen unterhaltenen Abhängigkeitsverhältnisse, die sich in den Zwischenräumen der kolonialen oder imperialistischen Kette entwickelt haben, müssen notwendigerweise zugunsten des abhängigen Landes erweitert werden. Ansonsten würde es sich um kaum mehr als die Fortführung der Fremdherrschaft unter oberflächlich veränderten Bedingungen handeln.

Zusammengefaßt bedeutet das, dass eine nationale Befreiungsbewegung nicht nur gegen die herrschenden äußeren Kräfte kämpfen muss, sondern auch gegen die eigene herrschende Klasse, die von ersteren gemästet wird. Darüber hinaus ist es für diese Bewegungen angesichts des modernen Imperialismus – dessen Vorherrschaft sich vor allem durch ungleichen Tausch mit den beherrschten Ländern ausdrückt, der auf einer höheren gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität basiert – von entscheidender Bedeutung, einen ausreichenden Teil der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu repräsentieren und damit in der Lage zu sein, die Entwicklung eines Binnenmarktes voranzutreiben.

Die nationale Befreiung ist insofern nicht hauptsächlich eine militärische Angelegenheit (auch wenn diese Ebene nicht zu vernachlässigen ist), sondern eher eine Frage der Struktur der entstehenden wirtschaftlichen Formation. Das erklärt, warum die Kämpfe um nationale Befreiung, trotz der zahlreichen nationalistischen Ausbrüche in Ländern, die in der weltweiten Arbeitsteilung auf den hinteren Plätzen zu finden sind, insgesamt gescheitert sind, selbst da, wo sie zur Entstehung von juristisch unabhängigen Staaten geführt haben.

Diesbezüglich ist das Beispiel der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung sehr aufschlussreich. Nach vielen gescheiterten Versuchen, sich der Herrschaft des Osmanischen Reiches zu entledigen, das sein Ende mit dem Zusammenbruch zwischen 1919 und 1921 fand, schlossen sich die herrschenden arabischen Klassen in Palästina und die nationale Befreiungsbewegung unmittelbar dem neuen englischen Herrn an. Als Dank für diese uneingeschränkte Treue hat das Vereinigte Königreich seinen palästinensischen Unterstützern zu keinem Zeitpunkt etwas zugestanden. Dennoch haben diese zwischen 1921 und 1947 die britischen Besatzer mit zahlreichen rassistischen und antisemitischen Aktionen bei deren Projekt unterstützt, die Einwanderung von Juden und ihren Kampf für die Gründung einer *»jüdischen Heimstätte in Palästina«* zu unterdrücken. Als es zwischen Mai 1936 und April 1937 zu einem arabischen Aufstand kommt, der sich mehr gegen die Juden als gegen die Briten richtet, unterstützen die herrschenden palästinensischen Klassen diesen zaghaft. Die britischen Besatzer, Anhänger des Konzeptes *»Teile und Herrsche«*, rekrutieren daraufhin mehrere tausend Juden als Hilfskräfte ihrer Polizei.

Jeder praktische Einigungsversuch zwischen palästinensischen und jüdischen Arbeitern wie in der großen Ölraffinerie von Haifa 1946-47 wird von den offiziellen palästinensischen Repräsentanten, die im Dienste der Engländer stehen, bekämpft. In dieser Angelegenheit finden sie wertvolle Verbündete unter den Zionisten der Rechten und extremen Rechten. Die historische Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfs der palästinensischen Massen und jüdischer 'Proletarier' [frz. 'sans réserves'], die vor den schrecklichen Verfolgungen geflohen sind, deren Opfer sie in Mittel- und Osteuropa ebenso waren wie in vielen arabischen Ländern, wird niemals wirklich ergriffen – mit den schrecklichen Folgen, die wir noch heute sehen.

Während der ersten Schlacht gegen die jüdischen Milizen 1948 zeigte die palästinensische Bewegung, die von Landbesitzer-Clans und mit den Briten verbündeten arabischen Händlern dominiert war, ihre ganze innere Schwäche: Ihre wesentliche militärische Kraft, die Armee von Abdallah, lavierte mit den zionistischen Gegnern herum, um im Gegenzug das Versprechen zu erhalten, in ihrem Hinterland Jordanien in Ruhe gelassen zu werden.

Die alten herrschenden palästinensischen Klassen werden endgültig in Mißkredit gebracht und vor allem auf ökonomischer Ebene von der siegreichen modernen jüdischen Bourgeoisie vertrieben. Ab 1960 werden sie zusehends von der Generation aus den Lagern und aus dem Exil ersetzt. Diese ist vor allem aus der verarmten kleinen und

mittleren palästinensischen Bourgeoisie hervorgegangen, die vom neuen zionistischen Staat systematisch diskriminiert und verfolgt wurde. Die PLO wird zum zentralen politischen Ausdruck dieser verarmten, verfolgten und vom Staat Israel vertriebenen Mittelschichten.

> Das Entstehen des politischen Zionismus unter den arbeitenden jüdischen Massen in der ganzen Welt und die daraus folgende Entstehung des Staats Israel sind das direkte Ergebnis zuallererst der hier und anderswo erlittenen Peinigungen *und darüber hinaus* das Ergebnis der Unterwerfung der palästinensischen Bewegung unter die britische Vorherrschaft.

Diese Schichten sind unfähig, ein irgend geartetes Programm der nationalen Befreiung zu entwerfen, das diesen Namen verdient, sie zielen mit der PLO und anderen Teilen der neuen palästinensischen Nationalbewegung einzig und allein auf die Eroberung eines Gebiets ab, wo sie ihre Polizei, ihre Justiz und ihre Klientel auf Kosten des palästinensischen Proletariats installieren können.

In vollständiger Fortführung der alten palästinensischen Nationalbewegung schließen die neuen Führer jedes Projekt der Vereinigung mit der Arbeiterklasse jüdischer Herkunft aus und knüpfen an einen althergebrachten, nur mühsam kaschierten Antisemitismus an. Im Gegenzug begünstigen sie die Arbeit für die Sowjetunion und vor allem für die verschiedenen arabischen Staaten in der Region.

Angefangen mit dem September 1970, als die PLO von Arafat die revoltierenden palästinensischen Proletarier von Irbid zugunsten von König Hussein im Stich lässt, über 1976 und 1982, jedes Mal ist der PLO die Anerkennung durch die Weltmächte wichtiger, als die kämpfenden Proletarier ['sans réserves'] zu unterstützen. Genau aufgrund dieser Politik stimmt die PLO den Osloer Verträgen zu, einschließlich der auf oktroyierten faulen Autonomie. Ein letztes Zeichen des guten Willens und der Folgsamkeit wird ihnen als Gegenleistung für ein kleines Gebiet abverlangt, wo sie sich austoben können: der offizielle Verzicht auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge aus dem Libanon, die ein zu großer Unruheherd sind.

Leider haben sich die palästinensischen ProletarierInnen ['sans réserves'] – wie so oft in vergleichbaren Situationen, wenn eine starke internationale proletarische Bewegung fehlt – zuerst dem PLO-Clan oder der Hamas angeschlossen (die Hamas war zunächst ein uneingestandener Partner Israels, solange es darum ging, der PLO das Wasser abzugraben), und dann der im Gazastreifen und im Westjordanland installierten PA. Die Hoffnungen der palästinensischen Proletarier und armen Landbevölkerung wurden sehr schnell enttäuscht. Die PA schwamm bald in Korruption, Vetternwirtschaft und Arroganz und lenkte die vielen Hilfszahlungen aus dem Ausland, v.a. aus den arabischen Ländern, der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und sogar von Israel, in die eigenen Taschen.

Um die 50 000 Aufsteiger – bei ca. drei Millionen Bewohnern der Gebiete – gehören den bewaffneten Einheiten der PA an (unter ihnen zahlreiche Kämpfer der ersten Intifada). Sie werden mit opulenten Mahlzeiten, mit Luxusgütern (Autos, etc.) und mit Wohnungen, die mit den miserablen Behausungen der großen Masse der Palästinenser in keinster Weise vergleichbar sind, entschädigt für ihren Beitrag zur Unterordnung und Unterdrückung der enterbten palästinensischen Massen – inmitten des riesigen Flüchtlingslagers namens Gazastreifen. Als einige von ihnen während der zweiten Intifada sich der Armee mit solch offensichtlicher Unfähigkeit entgegenstellten, kam der unnütze, schädliche und parasitäre Charakter der Milizen Arafats vollends an den Tag.

Es ist dieser Ekel vor dem Pseudo-Staat, zusammen mit der militärischen Stärke der israelischen Besatzer, der – jenseits von persönlicher Rache und der Verlockung des Geldes – im allgemeinen Kontext der Verzweiflung die hohe Zahl der Informanten der Besatzungsarmee begreiflich macht (auch in einem Lager mit großer kämpferischer Tradition wie Djenin).

Weiterhin einen eigenen Staat für die Palästinenser zu fordern mit der nichtssagenden Formel des »Rechts eines Volks auf Selbstbestimmung« verschleiert die Tatsache, dass sich – auch in den selbstverwalteten Gebieten – Klasseninteressen gegenüberstehen. Was nützt den palästinensischen Proletariern im Endeffekt ein Staat, der unfähig ist, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Bevölkerung würdevoller überleben kann, der nicht mal in der Lage ist, die Zerstörung von Häusern durch die israelische Armee und das Abstellen von Wasser und Strom zu verhindern, der seinen Bürgern keinerlei Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit in Israel zu arbeiten garantiert? Die Besatzung erklärt nicht alles. Das schwerste Vergehen der PA ist, dass sie die Illusion nährt, ein palästinensischer Staat im Rahmen

der Übereinkünfte von Oslo sei überlebensfähig und könnte das Los der entrechteten Massen verbessern.

Es gibt wenig Grund für die Annahme, ein Ersatzstaat stelle einen größeren militärischen Schutz gegenüber der israelischen Aggression dar. Während der ersten Intifada, als der Staat Arafats noch nicht existierte und von daher die Grenzen noch nicht genau definiert waren, brachten riesige Streiks mit bis zu 60 000 palästinensischen Arbeitern israelische Baustellen und die israelische Landwirtschaft zum Erliegen. Die Produktion einiger ziviler Industrieunternehmen war ebenfalls betroffen. Im ersten Jahr der Intifada gab es einen Exportausfall von 650 Millionen Dollar. Weder der bewaffnete Kampf, noch Zugeständnisse an die imperialistischen Mächte können die Waffe des Klassenkampfs ersetzen.

Bei den Israelis

Der israelische Staat ist widersprüchlich. Einerseits ist es ein weit entwickeltes demokratisches und parlamentarisches Regime. Ein arabischer Deputierter kann in der Knesset auf arabisch die Selbstmordattentate unterstützen. Kleine Parteien können Regierungen zu Fall bringen. Die freie Meinungsäußerung, auch von Positionen, die von der Regierungspolitik der ethnischen Säuberungen abweichen, ist weitgehend garantiert. Wer desertiert kann entlassen und in den Knast gesteckt werden, aber er wird (noch ?) nicht getötet oder systematisch gefoltert. Andererseits schließt der israelische Staat die Vertreter einer großen Minderheit seiner Staatsbürger – der israelischen Araber und der Drusen – aus den Entscheidungszentren aus, und organisiert die räumliche Abtrennung der Palästinenser.

Der dauerhafte Kriegszustand kommt auch in der Gewöhnung der herrschenden Klassen an das gewaltförmige Austragen von Konflikten zum Ausdruck (vgl. die Hinrichtung von Rabin 1995 oder das Feuergefecht zwischen Delegierten auf dem letzten Likud-Kongress). Die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse haben nie gezögert, außerhalb des institutionellen Rahmens zu agieren, um etwas zu erreichen, man denke nur an den »Spaziergang« Sharons zur Moschee von Jerusalem, der die zweite Intifada ausgelöst hat.

Das »normale« Funktionieren der modernen bürgerlichen Demokratie ist letztlich durch bestimmte soziale und politische Grundlagen des israelischen Staats, die Religiösen und die Siedler, eingeschränkt. Es gibt ungefähr 221 000 Torah-Studenten. Mit ihren vielköpfigen Familien (die Geburtenrate der Religiösen entspricht der der armen Palästinenser, sieben Kinder pro Haushalt) repräsentiert die »Welt« der Religionsschulen fast eine Million Israelis. Abgesehen davon, dass sie eine wichtige ideologische und soziale Stütze der rassistischen und religiösen Diskriminierung gegenüber den Palästinensern im Inneren wie nach außen sind, verursachen sie enorme Kosten, da die Mehrzahl von ihnen sich ebenso weigert zu arbeiten, wie zur Armee zu gehen.

> **Israel** ist ein moderner demokratischer Staat im Zustand des dauerhaften sozialen und Bürger-Kriegs. Er basiert auf rassistischer und religiöser Diskriminierung, trotz seines Glaubensbekenntnis zur Trennung von Kirche und Staat und ethnischen Toleranz.

Um die 380 000 Siedler (207 000 im Westjordanland, 7 000 in Gaza, der Rest in Ost-Jerusalem) sind in vielerlei Hinsicht in derselben Situation. Ihre unersetzliche Rolle bei der sozialen und militärischen Kontrolle der besetzten Gebiete ist allzu offensichtlich. Sie sind ein wirklicher Stachel im Fleisch der Palästinenser und dauerhafter Konfliktherd zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, sie besetzen 42 % des Westjordanlands. Andererseits stellen sie ein Haupthindernis bei der Errichtung einer ausreichend geschlossenen Grenze zwischen den Autonomiegebieten und Israel dar, und ihre Verteidigung verursacht mit die größten militärischen Kosten für den Staat. Die Siedlungsprojekte sind zusehends schwieriger zu handhaben, da – vor allem im Großraum Jerusalem – die neuen Siedler kaum bereit dazu sind, ihre repressive Aufgabe wahrzunehmen und sich stattdessen vor allem für die Privilegien interessieren, die an ihre Bedingungen geknüpft sind (1 000 bis 2 000 Dollar finanzielle Unterstützung pro Jahr pro Siedler, Wohnhilfen, verbilligte öffentliche Dienstleistungen, Arbeitsbeschaffungsprogramme etc.). Eine Umfrage der pazifistischen israelischen Gruppe »Frieden jetzt« brachte zutage, dass nur 6 % der Siedler sich weigern würden, ihr Grundstück zu verlassen und nur 2 % bereit wären, Gewalt anzuwenden. Im Gegenzug betrachten 59 % der Befragten einen finanziellen Ausgleich als die beste Lösung.

In Zukunft wird die Lösung dieser Fragen für die herrschenden Klassen Israels mit Sicherheit schwieriger werden als die – bisher im wesentlichen militärische und diplomatische – der Autonomiegebiete unter Verwaltung der Palästinenser. Es ist allzu offensichtlich, dass der Einfluss der

Religiösen und der Siedler auf die Wirtschaft, auf die Armee (heutzutage sind fast die Hälfte der mittleren Offiziere religiöse Juden), das politische Leben und die herrschende israelische Ideologie mit der der Palästinenser nicht vergleichbar ist.

Die israelischen Regierenden – größtenteils selbst Ausdruck und Ergebnis des endlosen sozialen und Bürger-Kriegs mit den Palästinensern – schwanken ständig hin und her. Die Möglichkeit, *»die palästinensische Frage friedlich zu lösen«*, die die sozialen und politischen Stützen des Staats ebenso beschäftigt wie die wirtschaftlichen Kreise des Landes, wird fortwährend durch den Willen, den Status quo aufrecht zu erhalten, untergraben. Die großen Risiken einer Destabilisierung der Grundlagen Israels in Verbindung mit einer grundsätzlichen Neustrukturierung der Zivilgesellschaft des Landes stellen heute das wesentliche Hindernis bei einer Verhandlungslösung mit der PA dar.

Die Selbstmordattentate, die Forderungen der PLO nach einem Rückkehrrecht für die Flüchtlinge und nach einem Zipfel von Jerusalem spielen in diesem Kontext die Rolle eines Vorwands – auch wenn sie nicht zu vernachlässigen sind -, um an der Situation nichts zu ändern. Sie sind jedenfalls nicht der eigentliche Grund.

Angesichts der Krise stellt die Kampfbereitschaft eines bedeutenden Teils der israelischen Arbeiterklasse (140 000 Staats- und Verwaltungsangestellte im Streik für mehr Lohn seit Mitte Oktober) – und das trotz des enormen Drucks zur nationalen Einheit angesichts der terroristischen antiproletarischen Massaker in Israel – eine weitere bedeutende Komplikation für die israelische Bourgeoisie dar. Leider können die palästinensischen Arbeiter nicht mehr ihren Teil zum Klassenkampf in Israel beitragen, da sie größtenteils inzwischen ohne Arbeit sind und abgeschoben in die Autonomiegebiete. Eine räumliche Abtrennung, die durch die Errichtung einer dichten Trennmauer zwischen Israel und den Autonomiegebieten noch verstärkt wurde.

Die Arbeiter im Zangengriff zweier Schreckensherrschaften

Vorweg wollen wir klarstellen, dass wir jegliche bürgerliche Lösung des sozialen und Bürger-Kriegs in Palästina grundsätzlich ablehnen. Das schließt sowohl die Schaffung eines binationalen Staats (was angesichts der tiefen Spaltung zwischen den Bevölkerungsgruppen ziemlich unwahrscheinlich ist) als auch die Zwei-Staaten-Lösung (die wahrscheinlichere Variante) ein. Nichtsdestotrotz sollte man angesichts des Fehlens einer vereinigten proletarischen Bewegung nicht verhehlen, dass ein Ende der Feindseligkeiten dem Entstehen – als nächster Schritt – eines entschiedeneren Klassenkampfs in beiden Lagern förderlich wäre.

In diesem Sinne kann ein Ende der Kämpfe in ihrer Form, ihrer Organisation und in ihren aktuellen Zielen als für die proletarische Sache vorteilhaft betrachtet werden. Aus diesem Grund sollten Revolutionäre jegliche Desertion und Defätismus in beiden Lagern unterstützen, ohne dabei auf die notwendige Kritik der pazifistischen und demokratischen Illusionen zu verzichten, die unweigerlich damit einhergehen.

Der Widerstand gegen die Besatzung und räumliche Abtrennung durch Israel stellt aktuell das zweite Element einer proletarischen Politik in der Region dar. Aber dieser Widerstand sollte nicht wie bisher geführt werden. Er sollte die Anti-Kriegs-Aktionen der israelischen Opposition, der israelischen Araber und der Palästinenser in den Lagern in Forderungen und Kampfformen bündeln, die so weit wie möglich von allen geteilt werden. Die blinden Terroranschläge stellen heute das Haupthindernis bei der Ausweitung der Kampffront aufs ganze Land dar. Die Unterdrückung jeglicher Opposition gegen den Krieg in Israel wird vor allem durch diese schrecklichen anti-proletarischen Attacken legitimiert.

Aber all das bleibt nur eine Linderung der Probleme, wenn die Proletarier beider Lager nicht zusammen den Weg des Klassenkampfs finden. Erst wenn die ausgebeuteten Palästinenser die Nationalisten und Religiösen jeder Seite wirklich verjagt haben, die im Namen ihrer jeweiligen herrschenden Klasse handeln, und wenn ihre israelischen Klassenbrüder es genauso gemacht haben, erst dann werden Krieg, Diskriminierung und Ausbeutung zurückgedrängt werden können. Eine solche Hypothese klingt aktuell wie ein frommer Wunsch. Aber sie ist der einzige realistische Ausweg aus dem endlosen Zusammenstoß zweier Bevölkerungsgruppen, dessen Fortdauer nichts anderem dient, als der Machterhaltung der Herrschenden auf beiden Seiten.

Im historischen Rückblick gab es auch Versuche zur politischen Einigung der Proletarier beider Lager. In den 70er Jahren begehrten die Schwarzen Panther (eine Bewegung junger sephardischer Juden) gegen den israelischen Staat auf, indem sie ihren palästinensischen Brüdern die Hand reichten.

1982 trugen mehr als 300 000 israelische Pazifisten ihre Wut gegen die Massaker von Sabra und Schatila auf die Straße, die von der christlichen Phalange unter dem Schutze Sharons verübt worden waren. Auch in diesem Jahr sind mehrere hundert israelische Soldaten und Reserve-Offiziere desertiert und haben sich geweigert, *»Befriedungs«*-Aktionen gegen palästinensische Zivilisten durchzuführen. Außerhalb dieser Entwicklungen gibt es für die Ausgebeuteten der Region, wer sie auch sein mögen, nichts als Blut und Artilleriebeschuss.

Brüssel, Paris, 9.11.2002

Nachrichten aus Palästina –

Reise von Jerusalem zum Lager Balata

In unserem ersten Brief über Palästina im vergangenen November haben wir daran erinnert, dass es in der Zone unter der Kontrolle der palästinensischen Autonomiebehörde weiterhin gesellschaftliche Klassen mit antagonistischen Interessen gibt. Wir haben damals auf die (offene) Abneigung, ja sogar wachsende Feindseligkeit der palästinensischen Proletarier gegenüber der PA hingewiesen, hatten jedoch keine detaillierten Hinweise zur Lage dieses Teils der weltweiten Klasse. Dank der Berichte befreundeter Genossen aus dem Palästina-Komitee von St-Ouen, die im Dezember den Bezirk um Nablus und namentlich das Lager Balata aufgesucht haben, können wir nun nachlegen.

Erster Tag: Jerusalem

Auf der Durchreise in Jerusalem nutzen wir die Gelegenheit, um zwei Genossen des *Israelischen Komitees gegen die Häuserzerstörung* (*ICAHD*) zu treffen, das die gleichen Räumlichkeiten wie das *Zentrum für Alternative Information* (*AIC*) nutzt. Die Gruppe kämpft gegen die Zerstörung von Gebäuden im gesamten Westjordanland. Gerade an jenem Morgen hatten sie sich in Hebron dem Abriss von vier Häusern entgegengestellt. Die israelischen Militanten versuchen, das Vorrücken der Bulldozer zu verhindern. In solchen Fällen macht die Armee der Polizei Platz, die sich darauf beschränkt, sie zu entfernen. Nie werden die Militanten dabei für längere Zeit festgenommen. »Das wäre eine Chance!«, sagt uns einer von ihnen. Nur die Wehrpflichtigen, die das Ausrücken in die (palästinensischen) Gebiete verweigern, riskieren das Gefängnis.

Diese rechtlichen Einschränkungen der Handlungsfreiheit der Streitkräfte sind eine zweischneidige Klinge. Ein Beispiel: Wenn Siedler auf Palästinenser schießen, so greifen die Soldaten nicht ein. »Wenden Sie sich an die Polizei!«, rufen sie. Die israelischen Genossen sagen uns, dass »ohne Verzicht auf den Zionismus kein gerechter Friede möglich sein wird«. Selbst bei den Pazifisten gewinnt der Gedanke eines palästinensischen Staats wegen der Angst vor dem Verlust der jüdischen Identität des israelischen Staats keine Anhänger. In ihrer Mehrheit bleibt die Friedensbewegung einschließlich der Deserteure zionistisch, also nationalistisch eingestellt. »Wie soll da die Frage der israelischen Araber gelöst werden?«, fragen sie sich.

In den Lagern hilft das *ICAHD* beim Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, z.B. Kindergärten, weil befürchtet wird, dass die palästinensische Bevölkerung die Wiedererrichtung von Häusern »durch Israelis« – und seien sie Pazifisten oder Antizionisten – nicht als aktive Unterstützung erlebt, sondern als Verweigerung ihres Rückkehrrechts. Die beiden ICAHD-Genossen sagen, die palästinensische Bewegung sei wohlorganisiert, stützt sich jedoch auf Netze, die parallel zueinander funktionieren, ausgerichtet an der politischen Observanz. Zusammenarbeit ist schwierig.

Eine Gruppe, die sich *Ta'ayush* nennt, nimmt eine wichtige Stellung in der antizionistischen israelischen Friedensbewegung ein. Ihre Solidaritätsaktionen gegenüber den Palästinensern sind durchaus spektakulär: Demonstrationen an Kontrollpunkten, Transport von Gütern des Grundbedarfs, Olivenernte und Verkauf von palästinensischem Olivenöl in Israel. Wenige Menschen nehmen an diesen Aktionen teil, die räumlich eng begrenzt bleiben. Sie haben im übrigen von breiter Propaganda bei den Israelis Abstand genommen – keine Versammlungen, keine Flugis.

»Das war nicht sehr nützlich«, bedauern sie. Also haben sie sich entschlossen, im israelischen Wahlkampf nicht aufzutreten. Die Nicht-Zionisten sind isoliert, und es ist ihnen verboten, den jüdischen Charakter des Staates in Frage zu stellen. Eine Partei mit einer solchen Position darf nicht zur Wahl antreten. Die Aktionen der Gruppe mögen spektakulär sein, sie selbst würde jedoch als erste zugeben, dass ihre Vorgehensweise sie an den Rand der israelischen Gesellschaft verbannt, in der sie kein Gewicht gewinnen kann. Gleichwohl finden die Siedler in Wahrheit nur bei 30% der Bevölkerung Unterstützung. Die anderen wünschen Frieden, freilich möglichst unter Bewahrung der Siedlungen.

Von Jerusalem nach Balata

Als wir Jerusalem verlassen, nehmen wir irrtümlich den Kontrollpunkt Qalindya, den wir sofort wieder in umgekehrter Richtung passieren dürfen. Kaum Aufmerksamkeit. Ein hochnäsiger junger Soldat, der die Papiere der Jerusalem verlassenden kaum eines Blickes würdigt, auf der einen, ein alter Reservist und eine junge Soldatin auf der anderen Seite. Die Palästinenser sind resigniert, traurig. Nach einer mehr oder weniger eiligen Leibesvisitation gehen sie in Richtung Jerusalem. Die Leute reden leise miteinander und lösen sich in Gruppen auf.

Wir nehmen das Gemeinschaftstaxi, dessen Fahrer ein ordentliches Tempo vorlegt und uns an einen anderen, kleineren Kontrollpunkt bringt, wo zwei Soldaten die Papiere prüfen. Jeder Fahrgast muss aussteigen, zu den Soldaten gehen, die Jacke anheben und schließlich den Pullover, die Tragetasche vorlegen und die Papiere zeigen, dann wegtreten, um ein anderes Taxi zu nehmen, das einige Meter entfernt wartet.

Letzter Kontrollpunkt: Huwara. Es ist Nacht und es regnet. Die Stimmung erscheint stärker gedrückt. Viele Palästinenser – ungefähr dreißig – warten bereits draußen hinter einer beleuchteten Plastikschranke. Auch eine Reihe von Fahrzeugen ist zu sehen. Die Fußgänger bewegen sich einige Meter an der Schranke vorwärts. Bestimmte Fahrzeuge (mit grünem palästinensischem Nummernschild) passieren sehr langsam. Andere (mit gelben israelischen Schildern) ordnen sich ohne anzuhalten einer zweiten Spur zu. Ein Soldat tritt ein paar Meter vor und verkündet den Schlug der Durchfahrt für den Tag, wenige Augenblicke nachdem ein Bus mit einem Dutzend Reisenden die Abfertigung hinter sich gebracht hat. Der Soldat bemerkt, dass die Palästinenser sich an der Schranke um gut drei Meter genähert haben und weist sie nach hinten. Hinter seinem Drahtgitter erscheint er noch mehrere Male und brüllt Anweisungen auf hebräisch, was bei Wenigen erkennbar auf Verständnis stößt. Dabei leuchtet er seine unfreiwilligen Gesprächspartner mit einem Handscheinwerfer an.

Schließlich dürfen die Fußgänger losgehen, in Zweiergruppen, zunächst bis zur Straßenmitte, circa zwanzig Meter vom israelischen Posten entfernt. Einige Palästinenser sind bei der Kontrolle ausgesondert und zu einer kleinen Hütte geschickt worden, wo sie von anderen Soldaten erwartet werden. Als wir passieren, fragen uns die Soldaten in ziemlich korrektem Französisch lachend: »Franzosen...? Wollt ihr einen Joint rauchen?«. Das wäre das letzte gewesen, was uns eingefallen wäre... Für die Palästinenser stellen diese systematischen Wartezeiten und die Unsicherheit, ob jede Hürde genommen werden kann, ein andauerndes Problem dar. Es trennt die Familien, behindert bei der Suche nach Arbeit oder beim Versuch, ordnungsgemäß zu ihr zu erscheinen. Es vermittelt ihnen den Eindruck, im Westjordanland wie in einem großen Gefängnis zu leben. Indem sie die palästinensische Bevölkerung unablässig schikanieren, beweisen die Besatzungstruppen ihre wohl überlegte Absicht, sämtliche Verbindungen zwischen den oft nur wenige Kilometer entfernt voneinander lebenden Menschen zu durchtrennen, sie zu isolieren und sie zu entmutigen.

Die Bereitschaft der Besatzer zur Demütigung besteht unausgesetzt. Um die Warterei an den Kontrollpunkten, die Leibesvisitationen, das an traurige Zeiten erinnernde Gebrüll über Lautsprecher noch zu überbieten, kommt es vor, dass Soldaten Ausweispapiere aus keinem anderen Grund konfiszieren, als um sich zu belustigen. Trotz inständiger Bitten müssen die Opfer der Beraubung den Heimweg ohne rechtmäßige Ausweispapiere

antreten. Doch ohne die Papiere kann man nichts machen. Später, so schien es, übergaben die Soldaten diese kostbaren Lappen anderen Palästinensern, gerade wie der Zufall es wollte. Auch hat man uns davon berichtet, wie eine Soldatin sich ihren Spaß damit gemacht habe, den Inhalt des Henkelmanns palästinensischer Arbeiter, die einen Kontrollpunkt passierten, den Hunden vorzuwerfen.

Nablus

Die Stadt Nablus zählt mehr als 200 000 Einwohner. Dazu kommen die benachbarten Dörfer mit bis zu 10 000 Einwohnern, sowie 50 000 Flüchtlinge in den Lagern. In ihrer großen Mehrheit bekennen sich die Bewohner zum Islam – bei ungefähr tausend Christen und circa 700 Samaritern, eine sehr altertümliche jüdische Sekte, die außerhalb der Gemeinschaft lebt und deren Angehörige wie die übrigen Bewohner der palästinensischen Gebiete behandelt werden. Nablus war das größte Handelszentrum im Westjordanland, doch die Straßensperren haben den großen Markt für landwirtschaftliche Produkte verschwinden lassen. Die Kulturen liegen verstreut zwischen den kleinen Städten und Dörfern. Zwei Seifenfabriken, ein traditioneller Produktionszweig der Stadt, wurden von F16-Jägern bombardiert, weil Israel sie im Verdacht hatte, Bomben zu produzieren. Auch das Gefängnis ist bombardiert worden, ebenso wie andere der Verwaltung dienende und private Gebäude. Die wirtschaftliche Lage ist infolgedessen sehr schwierig. Radio Marhaba zum Beispiel strahlt für die örtlichen Unternehmen keinerlei Werbung mehr aus – nicht einmal kostenlose: Es gibt keine Lagerbestände mehr und auch keine Kunden.

Diese kommerzielle Radiostation ist die bedeutendste in Nablus. Bevor ihre Sendeeinrichtungen an den höchsten Punkten der Stadt von der Armee zerstört wurden, konnte man sie in der ganzen Region empfangen. Heute erreicht das Radio nur noch die Stadt selbst. Der redaktionelle Leiter spricht uns gegenüber von Fälschungen der Armee, die das Vorhandensein eines bewaffneten Widerstands, von Selbstmordattentätern und Bombenproduktion vortäuschen sollten. Die Geheimdienste nehmen Photographien von getöteten oder festgenommenen Personen mit beigegebenen Waffen auf, Stirnbändern und falschen Sprengstoffgürteln. Das machen sie auch bei ganz jungen Palästinensern. Ein amerikanischer Junge von 14 Jahren, der in Abwesenheit seiner Eltern in der Wohnung gewaltsam festgenommen wurde, ist zunächst »mit Waffen in der Hand« photographiert worden. Schließlich erklärte er, dass er Bürger der Vereinigten Staaten sei. Nun wurde er freigelassen unter Mordandrohung, falls er reden würde (was er trotzdem getan hat). Der Leiter des Senders deutet uns gegenüber an, dass viele besser situierte Palästinenser sich um eine zweite, amerikanische Staatsbürgerschaft bemühen, um sich zu schützen oder um das Land zu verlassen.

Der Leitende des Senders befürchtet im Fall eines Angriffs auf den Irak massenhafte Bevölkerungsverschiebungen, angefangen mit 14 000 Gefangenen in Israel und wahrscheinlich »weiteren 200 000 bis 300 000«. Er möchte nicht, dass der Konflikt sich in einen Religionskrieg verwandelt und fügt hinzu, dass »die Israelis nicht besonders religiös sind, denn sie töten auch am Sabbath«. Er spricht von der Ausgangssperre, die ihn zwingt, ganze Tage mit seiner Familie eingeschlossen zu bleiben, von den regelmäßigen Angriffen, vom psychologischen Druck, der bei den Kindern noch größeren Schaden anrichtet als bei den Erwachsenen.

Wir besuchen auch die Universität. Mehr als 8 000 Studenten sind hier eingeschrieben, ein niedriger Stand, weil Vielen das Geld fehlt oder die Möglichkeit, sich zu bewegen. Wegen der Schüsse der Militärposten von einer höher gelegenen Hügelkuppe aus war es mehrere Monate lang verboten, den Hof zu betreten. Zwei Studenten sind getötet worden, nachdem sie im Inneren der Universität von israelischen Agenten in Zivil ausfindig gemacht wurden. Seither wird der Zugang von Zivilposten überwacht. Um all dem stand zuhalten, erklärt ein Verantwortlicher, seien die Gebäude dezentralisiert worden und es sei ein e-learning-Programm aufgelegt worden, mehr aus gegebenen Zwängen heraus denn aus pädagogischen Gründen.

Bei unserem Aufenthalt in Nablus haben wir das Ausmaß des Martyriums wahrgenommen, das diese Stadt durchschritten hat. Die Invasion hat sie zur gleichen Zeit überrollt wie Djenin, sie hatte mehr Opfer zu beklagen (87 Tote in Nablus im Vergleich zu 47 in Djenin), schreckliche Zerstörungen (die schönsten historischen Gebäude der Stadt), schließlich eine totale Ausgangssperre während nacheinander vier Monaten. Trotzdem ist davon kaum die Rede gewesen. Die Kameras waren auf Djenin gerichtet, und zwar einmal, weil anfangs die Schätzungen über die Anzahl der Toten im dortigen Lager höher lagen, und zum anderen, weil dort im Verlauf der Kämpfe fünf-

zehn israelische Soldaten getötet worden waren. Inzwischen sind die Sperrstunden gemildert worden. Die Bewohner der Stadt werden darüber erst am betreffenden Tag übers Fernsehen informiert. Auch wenn es keine Sperrstunde gibt, gehört zum Stadtbild doch die Parade der Tanks und Jeeps – eine Provokation für die Jugendlichen, die Steine zu werfen beginnen. Was natürlich den Soldaten einen Vorwand liefert, auf sie zu schießen. Zermürbt vom Leben als eingeschlossene, hat die Bevölkerung sich für das Risiko entschieden, die Sperrstunde zu mißachten, und tätigt ihre Besorgungen meist ohne sich um die unheilvollen Ankündigungen der Streitkräfte zu kümmern.

Balata

Das Lager, das wir ebenfalls besucht haben, liegt ca. 3 Kilometer von Nablus entfernt. Gegründet wurde es im Jahr 1952, auf einem ungefähr 1 Quadratkilometer großen Gelände, welches die UNRWA (UNO)* von einem Palästinenser aus dem Dorf Balata gepachtet hatte. Ursprünglich gab es für die ersten 2 000 Flüchtlinge nur Zelte. Heute leben dort mehr als 22 000 Menschen. 1998 waren es noch 18 000, aber im Zuge der zweiten Intifada kamen noch mehrere tausend Proletarier dazu, die zuvor in israelischen Städten gelebt und ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Die Zahl der Insassen steigt jährlich um ungefähr 5% an, der Anteil der unter 15-jährigen ist groß. Die zur Verfügung stehende Fläche bleibt jedoch die gleiche, deshalb geht man dazu über, auf die vorhandenen Gebäude eine zusätzliche Etage zu setzen (sie haben höchstens zwei). Ungefähr 70% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos, die meisten anderen sind in durch die UNRWA finanzierten Maßnahmen beschäftigt. Es handelt sich jedoch um prekäre Arbeitsverhältnisse, die in der Regel Jahr für Jahr verlängert werden. Die palästinensische Autonomiebehörde gewährleistet durchschnittlich alle vier Monate pro Familie auf zwei Wochen befristete Arbeitsverträge, d.h. 500 vorgesehene Dauerstellen verteilen sich auf etwa 4000 Familien von Balata. Um das Lager herum wird Kleinlandwirtschaft betrieben (Gemüseanbau, ein paar Kühe und Schafherden). Lebensmittel sind fast so teuer wie in Frankreich... allerdings ist das Einkommen natürlich nicht dasselbe.

Das Lager ist von Siedlungen und Militärposten auf den Höhen der angrenzenden Gebirgszüge, unter ihnen der Berg Gerzim, umgeben. Zur Zeit wird ein großer Graben um den Ballungsraum von Nablus gezogen, der nahe Balata verläuft und das Reisen noch mehr behindert. Immer wieder werden einfache Passanten von Schüssen getroffen, und zwar meistens, wenn sie von einem Dorf ins andere wollen und dabei die Straße vermeiden.

Bei unserer Ankunft werden wir von XY empfangen, der uns das Haus zeigt, in dem wir schlafen werden. XY stammt aus einer großen Familie von 9 Brüdern und einer Schwester, die hier seit 1952 lebt. »Wir sind für 15 Tage hierher gekommen und sind 50 Jahre danach immer noch hier...«, sagt er ironisch. Das Land seines Großvaters, sagt er, liegt unter dem Flughafen Ben Gurion. Vor einem Jahr verlor er einen Sohn. Er wurde mit fünf anderen Jungen getötet, die auf der Straße arbeiteten. Sein Sohn K. wurde verstümmelt. Bei der Explosion seines Autos wurde er am Bein verletzt und verlor ein Auge. Er wurde in Nablus gepflegt und sagt uns, dass es in einem Jahr 300 Tote und 500 Verletzte gab. XY ist Tierarzt und aufgrund der ständigen Blockaden, die es ihm unmöglich machen, sich regelmäßig in die Dörfer der Umgebung zu begeben, nahezu arbeitslos. Er betreibt einen kleinen Laden für CD-Roms und Mobiltelefone. Er hat eine Wallfahrt nach Mekka gemacht, auf die er stolz ist, genauso stolz wie auf das Märtyrerfoto seines Sohnes. Wir sind erstaunt darüber, wie weit sich der Islam in der palästinensischen Bevölkerung ausbreiten konnte. Man sieht nur noch wenige Frauen, die ohne ihr Kopftuch ausgehen, dabei war das vor einigen Jahren die Regel.

Am nächsten Tag ist unser erster Besuch im Lager. Die meisten Dächer sind aus Blech und manchen Fenstern fehlt das Glas. Die schmutzige Straße ist durch die Panzer völlig umgewühlt. Überall liegen Abfälle auf dem Boden. Auf der Hauptstrasse sticht ein Metzger gerade eine Kuh auf der bloßen Erde ab. Ein Schwall von Blut erströmt sich und belustigt die kleinen Kinder, die von einer Seite zur anderen springen. Außer auf einigen ein wenig breiteren Straßen quetscht sich der Verkehr durch schmale Gässchen; in einigen von ihnen muss man sich seitlich drehen, um durchzukommen. An einem Ende des Lagers befindet sich eine Barackensiedlung, hier leben Tiere, aber auch einige arme und kinderreiche Fa-

* Die Gründung der UNRWA (Hilfs- und Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen für die palästinensischen Flüchtlinge im Nahen Osten) gab den Hilfen der arabischen Länder für die palästinensischen Flüchtlinge den Rahmen der UNO. Von Beginn an wurden sie als etwas besonderes behandelt.

milien, die ihr Haus nicht vergrößern können. Gleich nebenan lässt die superreiche Familie Masri aus Nablus, die im Irakkrieg 1991 gute Geschäfte mit der Belieferung amerikanischer Soldaten gemacht hat, und die außerdem den palästinensischen Wirtschaftsminister zu ihren Mitgliedern zählt, ein Palais über der Stadt errichten.

Fast alle Häuser weisen Einschusslöcher auf, und überall sieht man Graffitis (politische wie nicht politische) und Märtyrerfotos. Hier ist Märtyrer kein Synonym für »Selbstmordattentäter«. Meistens handelt es sich um Zivilisten, die von der Besatzungsarmee getötet wurden. Nur wenige der Plakate zeigen bewaffnete Kämpfer gewidmet.

Aber wir behalten nicht nur die Zeichen des Zerfalls des Wohngebiets in Erinnerung. Wir sind überrascht, dass selbst die einfachsten Hütten mit warmem und kaltem Wasser und Elektrizität ausgestattet sind. Noch mehr, niemand bezahlt dafür. Die Schulbildung ist von hohem Niveau, das Schulwesen – finanziert durch die UNRWA – von guter Qualität, auch wenn in den Klassen bis zu 50 Schüler sitzen. Die unter 15-Jährigen bilden die größte Bevölkerungsgruppe, so muss jedes Jahr eine zusätzliche erste Klasse eingerichtet werden. Über 400 Schüler wurden auswärts eingeschult und mussten nach Balata kommen. Nur 2% der Schüler müssen vor der 9. Klasse ein Jahr wiederholen. Mit der 9. Klasse endet die Schulpflicht. Trotz der Schwierigkeiten machen jedes Jahr 500 Jugendliche das Abitur.

Der gesamte »öffentliche Dienst« wird durch den Privatsektor und die UNRWA gewährleistet. Damit die Schüler den Unterricht fortsetzen können, wenn sie nicht nach Nablus kommen können, unterrichten freiwillige und ehrenamtliche Lehrkräfte in Versammlungsräumen jeder Art. Im Lager gibt es keine Kriminalität, und die Zahl der Bettler ist ungefähr genauso hoch wie in Frankreich. Die Mildtätigkeit ist eine Regel, die strikt eingehalten wird. Auf den Straßen sieht man keine Polizei, es gibt relativ wenig Handel und keine Banken. Haushalts- und Elektrogeräte (häufig gebraucht und geschickt zusammengebastelt) sind in großer Zahl vorhanden – darunter viele Computer, Kühlschränke und Satellitenantennen. Dachrinnen und Kanäle sind vorhanden. Abgesehen vom herumliegenden Müll ist der Zustand der Straßenreinigung nicht katastrophal. Außerhalb des Lagers sind die meisten Ampelanlagen zerstört und die Bulldozer haben die Straßen an mehreren Stellen mit Gräben durchzogen. So ist die Zufahrtsmöglichkeit nach Nablus auf eine einzige Straße beschränkt. Wenn diese nicht durch einen Panzer blockiert ist, erreicht man die Stadt mit gelben Sammeltaxis; der Fahrpreis beträgt wenig mehr als einen Schekel. Die Häuser sind massiv gebaut mit Wellblechdächern und für die Sommermonate konzipiert: abgesehen von Radiatoren und Gasflaschen gibt es in den zwei Wintermonaten keine richtige Heizung.

In dieser Gesellschaft ist die Großfamilie die Norm: die Eltern, das Ehepaar und seine Kinder, die Brüder, die Schwestern usw... Im Durchschnitt besteht jede Kernfamilie aus sieben bis acht Mitgliedern. In einem Haus leben daher viele Personen. »Wir sind acht bis zehn in jedem Zimmer«, erzählt uns ein Bewohner. Wer es sich leisten kann, stockt das Haus nach einer Hochzeit um eine Etage auf, so dass jede Kernfamilie ihren eigenen Bereich behält. Es ist besser, im hinteren Teil des Hauses zu schlafen. Dort ist man sicherer vor Querschlägern. Wir haben mehrere Häuser betreten, die Ziel nächtlicher Armeeübergriffe waren. Die Soldaten sprengen erst die Türe, danach schreien sie die Leute an, das Haus zu verlassen. Dann nehmen sie die Person fest, die sie suchen. Manchmal nehmen sie wahllos die Mauern unter Beschuss. Alle Häuser, die beim letzten Einfall im April durchsucht wurden, sind neben der Eingangstür mit einem roten Zeichen kenntlich gemacht. Die Soldaten haben auch Löcher in die Mauern gebrochen, um immer in Deckung von einem Haus ins andere zu kommen.

Die Bewohner ersetzen die beschädigten Türen und Fenster sofort. Das ist ein Akt alltäglichen Widerstands. In einer anderen Straße wurde die Wand des Zimmers eines Aktivisten durch Sprengstoff zerstört. Ein Stück weiter wurde ein Haus gesprengt, nachdem die Familie des Gesuchten evakuiert worden war. Drei Nachbarhäuser wurden dabei stark beschädigt. Auch der Friedhof wurde schon unter Beschuss genommen; dabei kamen zwei Menschen ums Leben, die Friedhofsmauer wurde von einer Rakete beschädigt. In direkter Nachbarschaft von Balata ist ein kleines Viertel entstanden. Familien aus dem Lager konnten hier kleine Grundstücke erwerben. Sie hatten gehofft, so den häufigen Zerstörungen entgehen zu können, aber diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Ein Panzer fuhr durch die Siedlung und zerstörte Hausfassaden und Autos. Vom nahegelegenen Hügel aus wurden Mauern mit Raketen beschossen, ein Haus wurde geräumt und anschließend gesprengt. Seither hat ein Einwohner des Viertels die weiße Fahne an seiner Tür gehisst.

Nochmals zur Situation der Proletarier im Lager

Man sollte im Kopf behalten, dass ein Arbeiter in Israel 3 000 Schekel verdient (650 Euro), ein Lehrer 6 000 Schekel (1 300 Euro). Im Lager verdient ein Lehrer 1 300 Schekel (mehr als 250 Euro), ein Arbeiter zwischen 60 und 70 Schekel am Tag. Beim Personal der UNRWA gehen die Arbeitsverträge nicht über ein verlängerbares Jahr hinaus und die Löhne wurden halbiert. Früher gingen sie bis über 2 000 Schekel im Monat, das sind 500 Dollar. Seit der Intifada gab es keinen Streik mehr. Die Lehrergewerkschaft der UNRWA ist groß. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei denen, die für die palästinensische Autonomiebehörde arbeiten.

Das Letztere wirkt effizient als Überzeugungs- und Druckmittel gegen jede Forderung. Viele Arbeitslose haben ein Geschäft eröffnet, ohne große Hoffnungen, was zu verkaufen, sondern eher um sich zu beschäftigen. In den Läden stehen oft zwei, drei Stühle, damit man miteinander diskutieren kann. Beim Gemüsehändler treffen wir einen liberalen Arzt, der in Rumänien studiert hat. Er erzählt uns vom Foto eines getöteten kleinen Jungen, dem die israelischen Spezialeinheiten für die Zeitungen eine Kippa aufgesetzt haben, um einen Märtyrer aus ihm zu machen. Er erzählt uns auch von Kollaborateuren. »Die Leute sind arm und die Israelis haben Geld!«, erklärt er. Er betont außerdem, dass es häufig nächtliche Verhaftungen gibt. Man nennt diese nächtlichen Patrouillen die »Ritter der Nacht«.

Wenn sie genug Geld haben, um es in einen Warenbestand zu investieren, eröffnen auch Lohnabhängige ein Geschäft, um ihr Einkommen aufzubessern. I., Lehrer im Ruhestand, verkauft Schuhe. XY, Tierarzt ohne festen Job, verkauft CD-Roms. S., Englisch-Lehrer, verkauft Papierwaren, usw.. Es gibt auch eine große Vielfalt von landwirtschaftliche Kleinproduzenten, Friseuren, ein Haushaltswarengeschäft, ein Internetcafé und ein Lager von »Anarchy«-Mützen, die bei den Einwohnern von Balata gut ankommen. Wir haben sie auf dem Kopf einer Putzfrau im Jaffa-Center gesehen und auf dem Kopf des Vaters von S., einem 55 Jahre alten Maurer.

Der Metzger des Lagers verbirgt seinen Überdruss nicht. »Die Intifada ist eine Idiotie, die uns nichts als Probleme einbringt, weil gewisse Leute nicht von ihren Prinzipien ablassen wollen«, poltert er. Nach Aussage unseres Freundes W. ist diese Meinung weit verbreitet. Der Papierwaren-Basar von S. im Erdgeschoss des kleinen Hauses, das er mit seiner ganzen Familie bewohnt, ist wenig besucht. Der Verkauf eines Heftes oder eines Kugelschreibers bieten Gelegenheit, sich mit der Nachbarschaft zu unterhalten. Sein junger Bruder hilft ihm, denn sein eigener Handy-Laden in Ramallah wurde von der Armee beim ersten Einmarsch zerstört und geplündert. Dasbrachte ihm zwanzig Tage Gefängnis ein, weil er einzugreifen versucht hatte.

Einige Vereine und Komitees in Balata

O. ist Mitglied eines Vereins, der *Al-Mutunda* (das Forum) heißt, der die Jugendlichen im Lager schulisch und psychologisch betreut. Er selber ist immer noch Student und erklärt uns, wie schwierig es ist, das Studium zu bezahlen. In der Ausbildung zum Magister kostet ein Semester um 3500 Schekel (das entspricht mehr als 750 Euro). Sein Abitur hat er 1992 gemacht, dann hat er bis 1994 gearbeitet, in jenem Jahr wurde er unter der Anklage, Steine auf Soldaten geworfen zu haben, verhaftet. Er selber sagt, er habe nur auf der Straße gearbeitet. Nach zwölf Monaten wurde er freigelassen und schrieb sich mithilfe von Geld, das er beiseite gelegt hatte, an der Universität ein, arbeitet aber die ganze Zeit nebenher. Die Mehrzahl der jungen Leute, die studieren wollen, sind in derselben Lage. O. ist auch Englisch-Lehrer und spricht sehr gut französisch.

Sein Verein versucht zahlreiche Aktivitäten abzudecken: Schülerhilfe, aber auch richtige Kurse als Ersatz für Schule, die wegen Ausgangssperre ausfällt, Singkurse für die Kinder, Mailverkehr mit einer Klasse italienischer Jugendlicher, psychologische Hilfe für Kinder. Viele von ihnen sind durch die Angriffe, die nächtlichen Verhaftungen und das Gefangensein im Lager traumatisiert.

Zahlreiche Schlaf- und Essstörungen, Inkontinenzprobleme, gewaltgeprägte Verhaltensweisen, Gedächtnisstörungen, ... entwickeln sich bei den Jüngsten. Die Räume des Vereins wurden vor vier Tagen überfallen. Die Tür und die Fenster sind zerstört, im Innern haben die Soldaten alles zerschlagen, die Bilder der Kinder abgerissen, die Mauern, den Computer, die Scheiben zerschossen. Die Toiletten sind verwüstet. Auf Fotos, die in den Monaten vorher aufgenommen worden waren, können wir mit dem ursprünglichen Zustand der Räume vergleichen. Eines der acht Vereinsmitglieder ist aus Sicherheitsgründen im Gefängnis in Huwara. Er kann keine Besuche emp-

fangen und wurde nicht vor Gericht gestellt. »Im Allgemeinen«, sagt uns O., »bleibt man, ›aus Sicherheitsgründen‹ ungefähr sechs Monate im Gefängnis, aber eine Begründung wird nicht gegeben«. O. wartet auch auf die Eintragung als Verein durch die PA. Das dauert.

Wir besuchen auch das Kulturzentrum Jaffa unmittelbar vor dem Eingang zum Lager. W. arbeitet dort mit einem Computerraum, in dem man die Jugendlichen des Lagers ausbilden kann. Die für den Kurs benutzten Computer sind alt, sie wurden für weniger als zehn Dollar das Stück gekauft, sie reichen aber, um die Programme zu lernen. In denselben Räumen befindet sich eine Zahnarztpraxis und das Büro von Hussam Khader, einem der Abgeordneten aus dem Lager Balata in der palästinensischen gesetzgebenden Versammlung. Das Zentrum befasst sich auch mit der palästinensischen Flüchtlingsfrage. Mit mehr als tausend Mitgliedern ist die Einrichtung eine der größten im Westjordanland. Sie wurde 1997 von Mitgliedern des *CDPRR* gegründet und weitete sich auf andere Personen aus, indem es kulturelle Aktivitäten auf die Tagesordnung setzte. Es werden Informationsbroschüren über die Rechte der Frauen und gegen vorzeitige Heirat verteilt. Umwelt- und Hygiene-Erziehung ist vor allem für die Kinder bestimmt (Straßenreinigung). Das Zentrum beschäftigt sich auch mit Drogenprävention bei den Jüngeren und organisiert Ausflüge in die Umgebung von Nablus und in Museen für die Kinder.

Kurz hinter dem Eingang des Lagers besuchen wir auch das *Ortskomitee für die Rehabilitation Behinderter*. Dieses Zentrum beherbergt etwa 500 Schwerbehinderte und 100 bis 200 Leichtbehinderte aus dem Lager und der Umgebung. Es wurde 1992 für die Verletzten der ersten Intifada geschaffen. Die UNRWA hat Räume zur Verfügung gestellt und dient als legaler Schutz. Das Gebäude ist ebenerdig, aber ausreichend groß. Die Aktivitäten werden innerhalb und außerhalb des Zentrums durchgeführt. Es gibt ein Sprachtherapieprogramm in Zusammenarbeit mit den Schulen, ein Lesehilfeprogramm, eine Spielesammlung für die Kinder. Neben der Versorgung der Behinderten mit Krücken und anderem Kleinmaterial lernen sie auch den Umgang damit. Außerhalb des Zentrums organisiert man Hausbesuche von Fachkräften und in Zusammenarbeit mit anderen Vereinen die Ausbildung von Behinderten in neuen Berufen. Aufgrund des Umfelds haben die Programme wenig Erfolg, was die Wiedereingliederung in Arbeit betrifft. Die wichtigste Aktivität des Zentrums ist anscheinend der Umbau von Häusern, um sie für Behinderte benutzbar zu machen. Diese Aktivität ist am kostspieligsten und wird vom Zentrum selbst finanziert. Da es aber keine permanenten Geldquellen hat, können sich die Arbeiten bedeutend verzögern. Die PA füllt nämlich nicht mehr regelmäßig die Fonds auf, und es besteht die Gefahr, dass die Armee ankommende Gelder beschlagnahmt. Vor der zweiten Intifada arbeiteten zwei Personen als Angestellte in dem Zentrum. Zwei zusätzliche Personen wurden seither beschäftigt. Aber es gibt auch 35 Freiwillige, ohne die nichts funktionieren könnte. Identische Komitees gibt es in anderen Flüchtlingslagern, wie in Askar. Zuvor wurden Treffen in Form von Winter- oder Sommercamps organisiert mit um die 200 Teilnehmern. Heute ist das nicht mehr möglich.

I., Mathematiklehrer im Ruhestand und Schuhhändler, bringt während unseres Aufenthalts eine Menge Schuhe, die auf dem Dachboden verschimmelten, um sie den »Einbeinigen der Intifada« zu schenken. Er sagt uns, er sei im *Komitee des Sozialen Zusammenhalts*, das bei allen möglichen Problemen vermittelt und urteilt, wie Schlägereien, Diebstähle, geschäftliche und behördliche Auseinandersetzungen, aber auch Vergewaltigungen und Morde (zum Glück wenige). Es gibt im Lager keine offizielle Polizei und Justiz, aber man versichert, dass es kaum Kriminalität gibt. Dieses Komitee hat keinerlei offizielle legale Macht, aber bedeutenden Einfluss wegen der umfassenden zentralen Stellung der Familie in Palästina. Wenn jemand ein Unrecht begangen hat, kann seine Familie als verantwortlich betrachtet werden und übt deswegen Druck auf ihn aus (Brüder, Schwestern, Tanten, ...). Die Mitglieder des Komitees sind respektierte Persönlichkeiten und üben intellektuelle Berufe aus (Lehrer, ...). Bei ihnen landen mehr Angelegenheiten als beim Gericht, das fast automatisch ihre Entscheidungen bestätigt. Die PA steht nicht über den Entscheidungen dieses Komitees. Ein Polizist, der eine Vergewaltigung begangen hat, muss das Lager mit seiner Familie für drei Jahre verlassen und eine hohe Strafe (15 000 Dollar) zahlen. Zunächst hatte die Autonomiebehörde diese Entscheidung abgelehnt, hat sich dann aber nach nur einer Woche gefügt.

Das Komitee gründet seine Legitimität auf die Tradition und die islamischen Vorschriften. »Ein guter Moslem kann nicht schlafen, wenn sein Nachbar ein Problem hat«, sagt man uns. I. erzählt uns einige erstaunliche Anekdoten. Bei einer

Versammlung für die Schaffung eines Bildungskomitees stellten ein Mitglied der Fatah und ein Mitglied von Hamas ihre Ansicht dar, bevor der Saal das Wort bekam. I. erhob sich und sagte, dass »Lehrer und Schulleiter über die Gestaltung des Komitees entscheiden müssen«. »Wenn ich nicht im Ruhestand wäre, würde ich es ablehnen, ein Komitee anzuhören, das von Leuten eingesetzt wurde, die nichts davon verstehen und die Diebe sind, die noch nie etwas für das Lager gemacht haben!« setzte er fort. Schließlich verließ er, gefolgt von allen Versammlungsteilnehmern den Saal. Die beiden politischen Vertreter kamen ihnen nach und versicherten, dass sie eine Übereinkunft mit ihm finden möchten.

Eine andere Episode. Auf einer Versammlung sprachen die drei Vertreter des Lagers Balata in der palästinensischen gesetzgebenden Versammlung von Demokratie. I. erhob sich. »Ich danke euch, dass ihr, die ihr zum ersten Mal zugestimmt habt, zu diskutieren, uns die Demokratie erklärt habt. Aber wie könnt ihr erklären, dass eure Familien wichtige Posten und Arbeit erhalten haben, wo doch eure Frauen und eure Söhne unwissend sind und sich hier in diesem Saal zahlreiche Junge Leute mit Diplomen befinden, die arbeitslos sind? Wer euch beim Reden über die Demokratie zuhört, ist ein Dummkopf!« rief er. Dann erhob er sich, um zu gehen, und wiederum folgte ihm der ganze Saal.

Diese Anekdoten zeigen, ebenso wie andere während des Aufenthalts vernommene Gedanken, dass die Freiheit des Wortes in Palästina viel größer ist als in den anderen arabischen Ländern. S., ein Englischlehrer, erklärt uns, dass man ihm bei seiner Ankunft in Jordanien geraten hat, sich niemals über den Staat oder die Regierung zu äußern und sich vor den Zivilbullen zu hüten. Die Bewohner des Lagers scheinen über ihre Meinungsfreiheit zufrieden zu sein. Aber manche fügen hinzu, dass diese Freiheit größtenteils auf die Schwäche der Autonomiebehörde zurückgeht.

Wir sprachen auch mit mehreren Personen der Zivilgesellschaft, einer von ihnen, N., lebt in Nablus. Die islamische Tradition wird dort sehr stark befolgt. Man trinkt keinen Alkohol in der Öffentlichkeit, man heiratet keine geschiedene Frau, bei Gesprächen unter Männern sind niemals Frauen anwesend, das Tragen des Schultertuchs über dem Kopf ist die Regel geworden, usw.. Laizismus ist in der Minderheit. Selbst gewisse sogenannte Kommunistinnen tragen das Kopftuch. Mischehen sind selten. Die christlichen Frauen haben auch den Kopf bedeckt, aber die vollständige Verschleierung ist wenig verbreitet. N. versichert uns, dass es nicht gern gesehen wird. Dennoch werden die religiösen Feiertage wenig befolgt. »Während dieser sehr harten Besetzung hat man keine Lust, Feiertage zu begehen«, sagt er. In Nablus und im Flüchtlingslager Balata sind wir mit M., einer jungen Frau von 23 Jahren, umhergezogen, die sich mit Freizeitgestaltung für Jugendliche von 10 bis 18 beschäftigt, »damit sie etwas von ihrer Jugend haben«, damit sie ihren Stress mit Zeichnungen, Graffitis und Mauerbildern ausdrücken können. Trotz der Ausgangssperre beschlossen die Leute, dass die Kinder nicht auf Dauer eingeschlossen bleiben könnten und dass es besser ist, das Risiko auf sich zu nehmen, sich über die Ausgangssperre hinwegzusetzen. Ihr Verein *Ansar Al Insan*, der hauptsächlich in der Region Nablus angesiedelt ist, organisiert Straßenveranstaltungen und führte im letzten September 150 Kinder vor einen Checkpoint, um von den Soldaten zu verlangen, dass sie die Ausgangssperre ruhen und die Schulen wieder öffnen lassen. Sie waren von 40 internationalen Unterstützern umringt. Die Demonstration dauerte trotz des Tränengases eine Stunde. Schließlich drohten die Soldaten damit, scharf zu schießen, wenn sie nicht abhauen. »Aus Humanität, weil Kinder anwesend sind, zielen wir nur auf den Unterkörper«, schlossen sie großherzig ...

Die UNRWA

Die UNRWA spielt im Lager von Balata eine entscheidende Rolle. Sie finanziert und verwaltet das Bildungs- und Gesundheitswesen. Seit einigen Jahren verringert sich ihr reales Budget, da die Geberländer ihre Finanzhilfen für die UNRWA und die PA nicht aufgestockt haben. Dieser Realverlust bei den zur Verfügung stehenden Mitteln hat auch Auswirkungen auf die Löhne der hier beschäftigten Palästinenser. Die Hilfe der UNRWA für StudentInnen ist eingestellt worden. Zudem verbraucht die recht bürokratische Organisation werden mehr als 10% ihres Budgets für den eigenen Apparat. Die steigende Bevölkerungszahl des Lagers verstärkt ihre zentrale Rolle. M. von der Fatahfraktion des Lagers erklärt uns, dass die UNRWA aktuell Druck auf die PA ausübt, Schulgelder einzuführen, welche die Familien der SchülerInnen zahlen müßten und im Gegenzug dafür eine neue Schule bauen will. Indem die palästinensischen Flüchtlinge unter die Obhut einer speziellen Organisation gestellt werden, und nicht wie im Rest der Welt unter die Obhut der UNH-

CR, beschränkt man sich auf die humanitäre Hilfe und vermeidet die politische Frage des Rückkehrrechts. Anfangs wurde die Arbeit dieser Organisation als vorübergehend betrachtet. Sie funktioniert über zeitlich begrenzte Projekte, die meistens vierteljährlich verlängert werden. Die staatlichen Hilfen fließen oftmals aufgrund von aktuellen Anlässen. In Nablus sehen wir zwei Tage nach der Abriegelung der Innenstadt, bei der zwei Palästinenser getötet worden sind, einen Sack Mehl aus Frankreich auf der Straße.

Die UNRWA leitet drei Schulen im Lager, zwei für Mädchen und eine für Jungen. Die Schule für die Jungen ist 1954 erbaut und 1988 mit holländischen Geldern wiedererrichtet worden. Pro Klasse gibt es mehr als 50 Schüler, 1500 insgesamt, die zwischen 6 und 15 Jahre alt sind (von der ersten bis zur neunten Klasse). Es gibt ca. 50 Lehrer, wovon nur drei nicht aus Balata sind. Diese haben oft Probleme mit der Anfahrt, wenn die Armee wieder die Straßen gesperrt hat. Das ist bspw. beim Sportlehrer der Fall, was umso schlimmer ist, da die Kinder des Lagers aufgrund des Platzmangels keinen Spielplatz haben. Ein Friseur schneidet den Schülern kostenlos die Haare. Die Einrichtung verfügt nur über einen Fotokopierer aus der Steinzeit. Kleinere Reparaturarbeiten besorgt die UNRWA, was aber lange dauert.

2002 wurde in den ersten beiden Monaten ohne Lehrbücher unterrichtet. Eine Ausgangssperre war verhängt worden, die den für den 1. September geplanten Schulbeginn verzögerte. Am 10. September öffneten die Lehrer trotz des Verbots die Schule. Soldaten kamen und schossen auf die Fassade. Diese Schüsse verletzten niemand, schüchterten aber die Jugendlichen ein. In den Gängen und Klassenzimmern sind die Einschusslöcher noch sichtbar. In den umliegenden Lagern mußte bis zum Oktober mit dem Schulbeginn gewartet werden. Die Schuljahre sind im Vergleich zum offiziellen Lehrplan immer sehr reduziert. Während der ersten Intifada dauerte das kürzeste Schuljahr nur 40 Tage! Die Armee ist bei einem dreitägigen Einfall ins Lager am 5. April nachts ins Schulgebäude eingedrungen und hat die Einrichtung zerstört, u.a. einen Fotokopierer und die Computer. Papiere waren zerrissen und mit Farbe beschmiert. Viele Türen waren beschossen oder aufgebrochen. Ein Ballschrank war von Einschüssen durchlöchert. Zusätzlich zu den zwei Überfällen auf die Schule existiert die alltägliche Gewalt der Besetzung. In einem Jahr sind drei Schüler der Einrichtung getötet und ungefähr 70 verletzt worden. Diese Angriffe haben eine sichtbare psychologische Wirkung. Die Schüler fühlen sich nirgendwo mehr sicher.

Diejenigen die wir treffen und die ausreichend Englisch sprechen, sind bedachte Schüler, aber mehrere Lehrer erzählen uns von ihren Schwierigkeiten. Nach einer nächtlichen Razzia von Soldaten bei ihm zu Hause blieb ein ansonsten guter Schüler stumm und apathisch für den ganzen Tag. Andere haben Schwierigkeiten ruhig zu bleiben oder zu schlafen.

Wir besuchen eine Klinik der UNRWA, die an ein Ambulatorium erinnert. Hier arbeiten 55 Personen, die in die Bereiche Kinderheilkunde, Notaufnahme, Zahnarzt, chronische Krankheiten, Physiotherapie, Röntgen, Allgemeinmedizin und Labor (einfache Untersuchungen) aufgeteilt sind. Es gibt auch einen Bereich für die Geburtshilfe, wo schwierige Entbindungen durchgeführt werden können. Nichtsdestotrotz gehen die werdenden Mütter in normalen Zeiten, wenn die Straßen nicht blockiert sind, zur Entbindung nach Nablus. Der Geburtshelfer kommt zwei Mal die Woche. Es gibt eine Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus von Nablus und auch mit dem *Saint John Hospital* (in Jerusalem) im Bereich Augenheilkunde. Diese gegenseitigen Hilfen ermöglichen es, die für die Patienten anfallenden Kosten zu verringern. Die von der UNRWA verteilten Medikamente sind kostenlos, ebenso wie die Sprechstunden. Der Lagerbestand ist darauf ausgerichtet, auch eine zweimonatige Blockade zu überstehen. Materialien müssen bestellt werden und stehen nach unterschiedlicher Wartezeit zur Verfügung.

F. aus der Physiotherapie begleitet uns durch die Klinik und erzählt uns von der Situation der Kinder. Zwischen drei und sechs Jahren ist eine Zunahme von Inkontinenz (mehr als 200 behandelte Fälle), Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit und Kopfschmerzen zu beobachten. Jeden Tag nimmt die Klinik zwischen 50 und 70 Kinder auf. Mehr als 3 000 von ihnen wurden weiterbehandelt. Mehr als 70 Personen wurden während der Besetzung im April verletzt. Sie mußten vor Ort medizinisch versorgt werden. Einer von ihnen ist gestorben, weil die passende medizinische Ausrüstung fehlte. Im Juli hat die Wasserverunreinigung eine Fieberwelle ausgelöst und die Anzahl der Patienten ist in diesem Monat auf 11 907 gestiegen. Der Monatsdurchschnitt liegt bei 7 500. Aufgrund dieser Verunreinigung gab es 200 schwere Erkrankungen. In den meisten Abteilungen nehmen die Patientenzahlen zu.

In der Physiotherapie werden 400 bis 600 Behandlungen monatlich durchgeführt. Hausbesuche sind geplant. Das Zentrum steht allen Flüchtlingen offen, auch denen außerhalb von Balata. Hausbesuche sind aber aufgrund fehlender Fahrzeuge nur für Balata selbst vorgesehen. Während der Überfälle werden die Einsatzfahrzeuge mit denen des Roten Kreuzes koordiniert. F. selbst befand sich in einem der Fahrzeuge, auf die die Soldaten geschossen haben. Dabei starb eine Krankenschwester.

Das Volkskomitee für öffentliche Aufgaben

Das Volkskomitee für öffentliche Aufgaben des Lagers entspricht unseren Gemeindeverwaltungen. Alle Parteien sind hier vertreten, ohne jemals gewählt worden zu sein. Die Volkskomitees sind das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den offiziellen Parteien. Die Fatah hat die Mehrheit, was nicht heißt, dass eine Mehrheit sie gewählt hat. Das aus Freiwilligen zusammengesetzte Komitee verwaltet die internationale Hilfe für die UNRWA. Sie kümmert sich um das Gesundheitswesen, das Bildungssystem, die Müllabfuhr usw.. Die Mittel sind beschränkt. Die Bevölkerungsdichte ist ein zentrales Problem auf diesem einen Quadratkilometer großen Gelände, welches die UNRWA von einem palästinensischen Eigentümer gepachtet hat. Eine Ausweitung ist aus Kostengründen nicht möglich. Auf ein Badezimmer kommen hundert Leute. Das Komitee ermittelt den Bedarf und regt Initiativen an. Die UNRWA, die die Weiterleitung des Geldes kontrolliert, überprüft nochmals alle von Grund auf: Dienstleistungen, Löhne für die palästinensischen ArbeiterInnen, Lebensmittelhilfe (seit 1997)....

Um die Arbeitslosigkeit zu senken, verteilt das Komitee die ihm zur Verfügung stehenden Beschäftigungsmöglichkeiten unter den verschiedenen Familien des Lagers. Die ausgezahlten Löhne unterstützen indirekt die Händler und somit einen Großteil der Familien in Balata. Seit einem guten Jahr ist mit der Erneuerung der Kanalisation eine bedeutende Baustelle eröffnet worden. Die finanzielle Hilfe kam aus Deutschland, es waren 160 000 Dollar für 4-6 Monate vorgesehen – das Komitee hatte 260 000 Dollar beantragt. Kurz nach der Fertigstellung wurde von israelischen Panzern alles plattgewalzt. Bei Zerstörungen trägt die UNRWA ca. 60% der realen Wiedererrichtungskosten. Zudem muss das Komitee vorübergehende Unterkünfte suchen.

Treffen mit zwei Mitgliedern der Gesetzgebenden Versammlung

Drei Vertreter der palästinensischen Gesetzgebenden Versammlung kommen aus Balata: D., H. und K. Sie sind alle drei Fatah-Mitglieder. Aber nur D. ist über die offizielle Parteiliste gewählt worden. Die zwei anderen hatten sich als unabhängige Kandidaten aufgestellt und die Konkurrenten der Fatah geschlagen. Wir hatten vor, alle drei zu sehen, aber weil die Strasse nach Nablus abgesperrt war, konnten wir K. nicht treffen.

D., Land Rover und schönes Haus in unmittelbarer Nähe des Lagers, ist hoch erfreut, uns zu empfangen und kommt auf den seit einigen Jahren existierenden Jugendaustausch zu sprechen. 22 Jugendliche aus Balata sind unter Begleitung von zwei Erwachsenen nach Frankreich gefahren. 20 französische Jugendliche sind im Gegenzug nach Balata gekommen, wo sie in einem Reha-Zentrum untergebracht waren. Es gibt zwei Partnerschafts-Komitees; eins in Frankreich in St. Ouen, das andere in Palästina, wo D. Mitglied ist. Sie erinnert daran, dass ein Flüchlingslager eine vorübergehende Sache bleiben muss. Das Rückkehrrecht muss von Israel entsprechend den UNO-Resolutionen akzeptiert werden. Nach ihrer Aussage stammen ungefähr 20 Selbstmordattentäter aus dem Lager (laut Volkskomitee waren es sechs).

Der zweite Vertreter, H., empfängt uns bei sich zu Hause. Ein innen angenehm ausgestattetes Haus inmitten des Lagers. H. ist einer der Leiter des *CDPRR* (*Comitee for the Defense of Palestinian Refugees Rights*), einer politischen Organisation in der Mitglieder der 19 Lager im Westjordanland vertreten sind. Er arbeitet außerdem auf einer breiteren Ebene in der *Internationalen Koalition für Flüchtlingsrechte*. Dieses Bündnis organisierte die gleichzeitig stattfindenden Demonstrationen in vielen Ländern für das Rückkehrrecht, als Kanada sich bereit erklärte, einige Zehntausend PalästinenserInnen aufzunehmen. Internationale Konferenzen wurden organisiert, da die Flüchtlinge in vielen verschiedenen Ländern, u.a. in Israel leben. Zwei Wochen zuvor hatte H. auf einer solchen Versammlung in Kopenhagen teilgenommen.

Die *Koalition* gibt ein regelmäßig erscheinendes Bulletin heraus. Sie will mit der PA und mit den Regierungen der arabischen Nachbarländer (Libanon, Jordanien, Ägypten und Syrien) unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit zusammenarbeiten. Auch wenn H. es nicht offen zugibt, so hängen

seine Differenzen mit der Fatah wahrscheinlich mit diesem Willen zur Unabhängigkeit der Bewegung der Flüchtlinge zusammen. Die Flüchtlinge befürchten, von der PA im Namen des Friedensprozesses von Oslo geopfert zu werden. Auf der letzten Konferenz der Flüchtlingsorganisationen in Jericho wurde beschlossen, sich bei Kommunalwahlen nicht aufzustellen (also auch nicht in Nablus), um weiter für das Rückkehrrecht zu kämpfen, statt sich in den Lagern einzurichten. Nichtsdestotrotz möchte die *Koalition* Verbindungen zum Rest der palästinensischen Bewegung, die PA eingeschlossen, aufrechterhalten. Wie dieses Verhältnis aussehen soll, scheint Thema von komplizierten Debatten zu sein.

Die *CDPRR* ist vorwiegend direkt politisch aktiv. Ihre Mitglieder gehören u.a. zu den Mitbegründern des Jaffa-Centers, mit dem Ziel, direkte materielle Hilfe zu organisieren. Einige Tage zuvor hat uns HY., der für H. in der gesetzgebenden Versammlung arbeitet, anvertraut, dass »Arafat nichts für die Flüchtlinge getan hat und für die sich ausbreitende Korruption verantwortlich ist«. W. vom Jaffa-Center fügte hinzu, dass »die Parteien nur 5 bis 10% der Bevölkerung vertreten. Die PLO exisitiert in Wirklichkeit gar nicht, alle Parteien handeln auf völlig unterschiedliche und widersprüchliche Weise«. M., Sekretär der Fatah-Fraktion in Balata, ist fünfmal verhaftet worden. Er hat ein Auge auf einer Demo verloren, die nach dem bewaffneten Überfall eines Siedlers auf eine Moschee stattgefunden hat und ist am Bein verletzt. Während unseres Aufenthalts hat M. eine Demo zum Jahrestag der Gründung der Fatah organisiert. Etwa hundert Personen haben teilgenommen, von denen ein knappes Dutzend vermummt und bewaffnet waren.

Leute erzählen, dass »die Fatah mit Kämpfern demonstriert, aber in Wirklichkeit kaum mehr kämpft. Die Hamas demonstriert nicht, hat aber die meisten aktiven Kämpfer in ihren Reihen«. Rechts-Links Gegensätze sind kaum erkenntlich. Gewisse Palästinenser ziehen die Grenzlinie in der Frage der Positionierung zu den Verträgen von Oslo.

Andere setzen die Rechte mit den Liberalen gleich. An der Universität von Nablus hat die Hamas die letzten Studentenwahlen gewonnen, weil sie als entschlossenste und aktivste Kraft innerhalb des Widerstands erschien. Die Fatah hat einen Teil ihrer Popularität verloren.

Ein paar Fixpunkte [...stark gekürzt]

Insgesamt enthalten diese Beobachtungen – auch wenn sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit stellen können – einige Elemente, mit denen sich die Situation der ProletarierInnen in den besetzten Gebieten besser verstehen läßt. Zwischen den Zeilen kann man auch gewisse Merkmale des aktuellen Kampfs zwischen dem Besatzerstaat und den palästinensischen Flüchtlingsmassen herauslesen.

Die sozialen Beziehungen in den besetzten Gebieten sind nicht zerstört. Die Zivilgesellschaft organisiert sich, um den Einfluss der Besatzung auf das soziale Leben zurückzudrängen. Die sozialen Klassen existieren nach wie vor, auch in den Flüchtlingslagern. Ebenso die Gestalt des kapitalistischen palästinensischen Staates. Trotz des Fehlens jeglicher formellen bürgerlichen Demokratie konnten die freie Rede und die Kritik an den politischen Cliquen, die – vorallem dank der finanziellen Unterstützung durch die UNO (für die PLO) und die islamischen Länder (für die Hamas und den Djihad) – an der Macht sind, nicht unter dem Vorwand einer nationalen Einheit gegen die Besatzer mundtot gemacht werden.

Jenseits von großen Reden und der Rhetorik der wichtigen palästinensischen Fraktionen, existiert kein ernsthafter bewaffneter Widerstand der Massen gegen die Besatzung. Das Phänomen der Selbstmordattentate und selbst der bewaffnete Widerstand gegen die Razzien der israelischen Truppen scheinen nicht mehr zu sein als die Praxis einer kleinen Minderheit der PalästinenserInnen. Im Gegensatz dazu sind sie in Massen auf der Straße, wenn es darum geht, der Ausgangssperre zu trotzen, den Kindern den Schulbesuch, den Leuten ihre Einkäufe und den ArbeiterInnen das Erreichen ihrer Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Der Klassenkampf ist nicht tot in Palästina; aber er muss sich einen schwierigen Weg zwischen zwei herrschenden Klassen bahnen, die alles dafür getan haben, tun und tun werden, um ein Aufblühen zu verhindern.

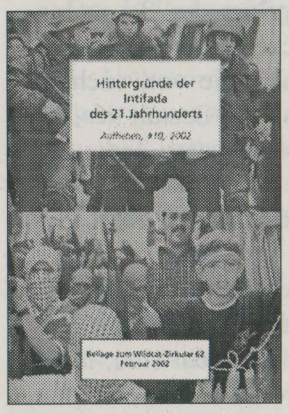
Brüssel-Paris, 14.2.2003

Erschienen als Nr. 5 von
»La lettre de Mouvement Communiste«
Kontakt: B.P. 1666, Centre Monnaie, Bruxelles

zur Entstehung des Zionismus siehe:
Der Zionismus, Mißgeburt der Arbeiterbewegung,
aus Le Brice-Glace, Frühjahr 1989
Deutsch in Thekla 14, Mai 1991

als PDF-Datei auf *www.wildcat-www.de*

Zur historischen Entwicklung in der Region siehe auch
Hintergründe der Intifada im 21. Jahrhundert,
aus: Aufheben Nr. 10, 2002
Deutsch als Beilage zum
Wildcat-Zirkular Nr. 62, Februar 2002



Restexemplare gegen Überweisung von 3 Euro an: Shiraz e.V.,
Kto.-Nr. 7064-509,
Postbank Köln,
BLZ 370 100 50

http://www.wildcat-www.de/zirkular/62/z62aufhe.htm

Israelische Siedlungen in palästinensischen Gebieten

Die Flüchlingslager der UNRWA auf der Westbank

Kontakt:
Post: Shiraz e.V.,
Postfach 301206,
50782 Köln
eMail: wildcat@wildcat-www.de
web: www.wildcat-www.de